

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Schriftsätze ohne Freilmschlag werden nicht zurückgesandt  
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

### Kopfrechnen schwach

Am 14. August hielt der Vorstand des Deutschen Städtetages eine Sitzung ab, nach deren Schluß der Vorsitzende, Herr Dr. Mulert, den Pressevertretern Mitteilung machte von dem kläglichen Zustand der Finanzen der deutschen Städte und den geradezu entsetzlichen Folgen, die sich daraus ergeben. Es fehlen den deutschen Städten für das laufende Geschäftsjahr nicht weniger als 800 Millionen Mark, und sie müssen infolgedessen ihre Ausgaben in einer Weise einschränken, die nicht mehr und nicht weniger bedeutet als eine furchtbare Herunterschraubung unserer Kultur. Nur ein paar Beispiele:

Schule und Bildung müssen eingeschränkt, mehr Schüler in jeder Klasse zusammengedrängt, ganze Schulen durch Zusammenlegung mit anderen aufgehoben werden. Lehrer müssen in großer Zahl entlassen, die übrigen entsprechend überlastet werden. Die Zuschüsse für Theater und Kunst müssen eingeschränkt oder ganz aufgehoben, Bauten müssen eingestellt, sogar an der Unterhaltung der vorhandenen Bauwerke, Brücken zum Beispiel, muß gespart werden. Armengelder, Notstandsarbeiten müssen wesentlich eingeschränkt, Krankenhäuser in noch größerer Zahl als bisher geschlossen werden. Die „allgemeinen Verwaltungskosten“ müssen herabgemindert werden, was Entlassung von Beamten bedeutet und Unmöglichkeit der Beförderung und Gehaltsaufbesserung für die übrigen, usw. All dies ist natürlich verknüpft mit einer neuen, sehr erheblichen Vermehrung der Arbeitslosigkeit. All die entlassenen Lehrer, Schauspieler, Musiker, Ärzte, Baumeister, Bauarbeiter, städtischen Beamten, Arbeiter, Krankenpfleger usw. werden die Arbeitsnachweise bevölkern. Wie dies auf den Lohn der noch Beschäftigten wirken muß, das wissen wir aus langjähriger Erfahrung, und so kann es nicht überraschen, daß Herr Mulert zum Schluß die Forderung erhebt, die das A und O der kapitalistischen Weisheit bildet: Senkung der Arbeitslöhne. Aber der Präsident des Deutschen Städtetages will Gerechtigkeit walten lassen. Es geht nicht an, sagt er, daß die Beamten allein weiterhin Sonderopfer bringen, sondern alle Gehalts- und Lohnempfänger in Reich, Ländern, Gemeinden und Privatwirtschaft müssen von der Lohnkürzung betroffen werden.

Dieser Notruf erscholl am 14. August, ganze vier Tage nach Eröffnung des vollen Sparkassenverkehrs, den die bürgerliche Welt zum Anlaß genommen hatte, so zu tun, als ob jetzt alles wieder in Ordnung sei. Man sieht, wie recht wir hatten, als wir das Gerede von der „Vertrauenskrise“ für eine klägliche Verwechslung von Ursache und Wirkung erklärten. Nicht weil das Vertrauen schwand, ist die Krise gekommen, sondern weil sehr triftige Gründe in der Wirtschaft vorlagen, schwand das Vertrauen. Annoch wirken diese Gründe weiter, der Notruf des Herrn Mulert beweist es. Da wird die Krise nicht deshalb schwinden, weil man eine zuversichtliche Miene aufsetzt und so tut, als ob gar nichts mehr zu befürchten sei.

Wie man sieht, ist das, was Herr Mulert vorträgt, nichts anderes, als was wir täglich und stündlich von den Vertretern des Kapitalismus hören: die Not nimmt immer mehr zu, deshalb muß man immer mehr an Ausgaben für Arbeitskräfte sparen durch Entlassung und Kürzung der Bezüge. Nun läßt sich doch aber nicht leugnen, daß dies schon seit mehreren Jahren geschieht und daß wir gerade auf diesem Wege immer tiefer in das Unheil hineingeraten sind. Davon scheint Herr Mulert eine gewisse Ahnung zu haben. Deshalb macht er sich den Ruf nach Preissenkung zu eigen und fügt seinem langen Klagegedicht folgenden Satz bei:

„Mit aller Entschiedenheit fordert der Städtetag, daß gleichzeitig die Höhe der Lebenshaltungskosten bedeutend und energisch gesenkt wird, damit die Realbezüge möglichst erhalten bleiben.“

Man reißt sich die Augen. Ist es denn möglich, daß ein so hervorragender Vertreter der bürgerlichen Intelligenz, noch dazu im Namen und Auftrag des ganzen Städtetages, eine solche Unsinnigkeit dahersprecht? Wenn die Realbezüge erhalten bleiben, dann ist es ja keine Lohnkürzung. Wo aber soll dann die Rettung für das Kapital herkommen?

Wenn die Unternehmer das sagen, dann ist es der Speck, womit sie die Mäuse fangen wollen. Die Arbeiter sollen glauben, sie könnten auf die Lohnkürzung ruhig eingehen, weil sie durch Verbilligung des Lebensunterhalts alsbald wieder wettgemacht werde. Auf diese Weise will man den Widerstand der Arbeiter einschläfern. Aber es hat nicht den Anschein, als ob es Herr Mulert auf einen so plumpen Schwindel abgesehen hat. Nein, er glaubt offenbar, was er da sagt. Er denkt vermutlich so: 800 Millionen M fehlen den Städten; wenn sie die durch Lohnkürzung sparen, dann mögen — andere Leute ihre Waren verbilligen und den Arbeitern den Ausfall ersetzen. Aber es sollen ja nicht nur die Gemeinden die Löhne kürzen, sondern auch das Reich, die Länder und die Privatunternehmer. Mit einem Wort, die ganze kapitalistische Wirtschaft. Wenn aber die es tut, dann gibts keine Stelle, die den Arbeitern den Schaden ersetzt, oder es ist eben gar keine tatsäch-

liche Lohnkürzung und kann dann auch die beabsichtigte Wirkung nicht haben.

Am besten macht man sich das wieder mit ein paar Zahlen klar. Wir hatten (in einem früheren Beispiel) den Fall gesetzt, der gesamte Lohn der Arbeiterklasse eines Landes betrage 100, die übrigen Produktionskosten 200, und auf diese Summe von 300 werden 40 vH aufgeschlagen, so daß die gesamten Waren für 420 verkauft werden, davon  $\frac{1}{4}$  = 105 ins Ausland. Wenn wir jetzt annehmen, der Lohn werde allgemein um 20 vH gekürzt, so macht das auf die Gesamtsumme von 420 nur  $\frac{6}{100}$  vH aus. Wir wollen nun weiter den günstigsten Fall setzen (der in der kapitalistischen Wirklichkeit niemals zutrifft), es werden sämtliche Waren um so viel verbilligt, wie es die Lohnkürzung ermöglicht. Dann sinken auch die sonstigen Produktionskosten um  $\frac{6}{100}$  vH. Demnach beträgt nunmehr die Rechnung (nicht für den

einen oder anderen Unternehmer, sondern für das ganze Land):

Arbeitslöhne	80
Sonstige Produktionskosten	rund 187
Summe	267
+ 40 vH Aufschlag	rund 107
Verkaufspreis	374

Gegenüber dem früheren Verkaufspreis von 420 ist das eine Ermäßigung um 11 vH und nicht einen Deut mehr, während die Arbeitslöhne um 20 vH gefallen sind. Das ist aber, wie noch einmal betont sei, der für die Arbeiter günstigste Fall, der in Wahrheit niemals eintreten wird. Vielmehr werden die Kapitalisten alles aufbieten, um ihre Preise am liebsten gar nicht, jedenfalls aber weniger als um jene 11 vH zu senken. Wer demgegenüber annehmen kann, die Waren könnten um so viel verbilligt werden, daß der Reallohn der alte bleibt, der ist entweder schwach im Kopfrechnen, oder er hat von der kapitalistischen Welt nur eine sehr unklare Vorstellung. I b y k u s.

### Großpensionäre werden nicht behelligt

Die regierungstreue Presse ist in diesen Tagen etwas verstimmt. Die garstige Gemütswallung ist einer Vergeßlichkeit der hohen Obrigkeit zurückzuführen. Wie jedermann weiß, hat die Regierung durch die Notverordnung vom 5. Juni die Arbeitslosenunterstützung und die Bezüge der Kriegsinvaliden gekürzt, dazu eine Krisen- und Notsteuer eingeführt, die die minderbesitzenden Schichten mehr belastet als die anderen. Die Renten der Großpensionäre aber wurden von der Notverordnung nicht angetastet.

Die pensionierten höheren Offiziere mit den Chargen der Marine beziehen (nach einer Aufstellung vom Jahre 1926) von der dankbaren Republik das nette Sümmchen von rund 22 Millionen Mark im Jahr. Dazu kommen die fetten Pensionen der kaiserlichen und republikanischen Minister und dergleichen. Von ihnen ist eine Anzahl von Haus aus begütigt oder erhalten aus anderen Quellen eine ziemlich hohe Bezahlung. Würde man diesen Großpensionären die staatliche Rente, sagen wir, auf 8000 M im Jahr kürzen — wovon sich wahrhaftig auch ohne sonstiges Einkommen leben ließe —, so würde eine Summe gespart, von der viele Tausende von Erwerbslosenfamilien leben könnten.

Doch davon scheint die Reichsregierung offenbar nichts zu halten. Sie hat durch die Notverordnung den Armen und Ärmsten die ohnehin kargen Bezüge noch mehr beschneiden, die der Großpensionäre aber unangetastet gelassen. Daß das weder unparteiisch noch sozial gerecht ist, leuchtet schließlich auch regierungstreuen Bürgern ein. Über das Warum und Wieso der Unterlassung befragt, erklärte der Reichsarbeitsminister Stegerwald etwa: eine Sondersteuer für hohes arbeitsloses Einkommen aus öffentlichen Mitteln könne nicht eingeführt werden, weil das gegen — die Reichsverfassung verstöße!

O, diese Verfassung! Sie gestattet wohl, die Einkommen aus öffentlichen Mitteln der gewöhnlichen Beamten, der Arbeitslosen und der Kriegsinvaliden zu beschneiden, aber nicht die der wohlversorgten Großpensionäre. Um den guten Bürgern zu zeigen, daß die Regierung keineswegs unmenschlich ist, erklärte der Reichsarbeitsminister weiter, man werde die Großpensionäre brieflich zu freiwilligem Verzicht eines Teiles ihrer Rente bitten; die Antworten würden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

So, jetzt hatten die guten Bürger ihre Beruhigungspille. Sie mußten sich nun wohl oder übel zufrieden geben: Denn nicht die Regierung ist an der himmelschreienden Ungerechtigkeit schuld, sondern die Verfassung. Na, die Regierung wird aber in eingeschriebenen Briefen den Großpensionären den Standpunkt klarmachen. — Gespannt wartete man auf die Antworten der Großpensionäre auf die Mahnbriefe der Regierung.

Seitdem sind zwei Monate ins Land gegangen. Von den heiß erwarteten Antworten war nichts zu hören. Sehr bedauerlich schon aus dem Grunde, daß die guten Bürger um einen eindrucksvollen Anschauungsunterricht von der Opferwilligkeit der schweren Nichtverdiener gekommen sind. Statt der Antworten kam ein neuer Grund zum Verwundern: die Regierung hat die versprochenen Briefe überhaupt nicht abgesandt — folglich kann sie auch keine Antworten veröffentlichen. Das letztere ist doch einleuchtend, weniger einleuchtend ist freilich, warum die Briefe nicht hinausgingen. Für die Unterlassung wird angegeben: für solche Sachen sei das Finanzministerium zuständig; dort liege der Hase im Pfeffer. Wenn das wirklich an dem ist, dann hätten wir ein Kessorthemmnis in einer Angelegenheit, die eine hochpolitische ist, also weit über einen Ressort hinausgeht.

Aber es gehört überirdischer Glaube dazu, anzunehmen, daß der erwähnte Grund der eigentliche ist. Der wirkliche Grund, die Großpensionäre nicht mit Mahnbriefen zu behelligen, ergibt sich unseres Erachtens aus folgender Erwägung: Welchen Parteien gehören die Großpensionäre fast alle an — und welche Parteien bilden die derzeitige Reichsregierung. Das Ergebnis dieser Erwägung ist, wie wir meinen, der Grund, daß erstens es schier unmöglich ist, den Renten der Großpensionäre mit einer Notverordnung beizukommen, und daß zweitens es die Regierung unterlassen hat, die versprochenen Mahnbriefe zu schreiben. Dieser Grund ist, was man leicht prophezeien kann, dermaßen solid, daß er noch viele Notstürme überdauern wird.

Für die Arbeiterschaft bringt diese Geschichte nichts Neues. Sie weiß aus einer langen Erfahrung, daß sie immer bluten muß für die Taten und Unterlassungen der besitzenden Klasse und ihrer Regierungen. Immerhin hat diese Geschichte den Respekt vor ministeriellen Versprechen oder Erklärungen noch weiter erhöht. Er ist nun keiner Steigerung mehr fähig.

### Sieben Millionen!

Von Heinrich Schliestedt

Wir haben eine Reichsregierung, die in wirtschaftlichen Dingen an Zwiespältigkeit, an Ideen- und Führerlosigkeit kaum übertroffen werden kann. Da sagt der Reichskanzler Brüning einem englischen Zeitungsmann, daß wir im nächsten Winter mit sieben Millionen Arbeitslosen rechnen müssen. Ist denn die gegenwärtige Zahl von 3,9 Millionen nicht hoch genug? Hat der Reichskanzler nichts Besseres zu tun, als der steigenden Arbeitslosigkeit zuzusehen, bis die tolle Zahl von sieben Millionen erreicht ist? Herr Brüning hätte lieber erzählen sollen, was die Regierung zu tun beabsichtigt, um diese Entwicklung aufzuhalten. Die Hände gottergeben falten, hilft uns gar nichts; handeln muß die Regierung; sie muß ein Programm haben, muß wissen, was sie will. Auch wenn ein Programm falsch ist, so ist es immer noch besser als Programmlosigkeit; denn man kann dann die Fehler nachweisen, ehe sie begangen sind und auf eine bessere Lösung hinarbeiten.

Sieben Millionen! Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, diese Zahl vorauszusagen, wenn so wie bisher weitergewurstelt wird. Unter Vorantritt der Regierung wurden bisher alle Löhne, auch die niedrigsten Tariflöhne, gesenkt; das war zugleich die beste Begründung für eine noch viel größere Senkung der Verdienste. Der „Erfolg“ war aber nicht etwa eine „Ankurbelung der Wirtschaft“, sondern sinkender Verbrauch, gedrosselte Produktion, Betriebsstillegungen, steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Not usw. in immerwährender Wiederholung. So hat die Regierung Brüning-Stegerwald auf diesem Wege nicht vermocht, den im kapitalistischen

Sumpf steckenden Unternehmerkarren herauszuziehen, sondern ist mit ihm immer tiefer in die Katastrophe hineingesunken. Weil aber die Regierung diese vielleicht ungewollten Folgen ihrer eigenen wirtschaftlichen Maßnahmen nicht vorausgesehen hat, so hat sie auf diesem Gebiet vollkommen versagt. Sie regiert überhaupt nicht, sondern sie wird regiert von den Unternehmern, und unter anderen politischen Verhältnissen in Deutschland wäre über diese Regierung längst das Urteil gesprochen: Gewogen und zu leicht befunden.

Immer wird das Gegenteil des Vernünftigen getan; keine Maßnahme auf lange Sicht; immer nur das im Augenblick unabwendbar Notwendige. Ohne Führung, ohne Idee muß der Karren tiefer in den Dreck. Weil die Gemeindefinanzen vollkommen heruntergewirtschaftet sind, wird wieder das wirtschaftlich Unvernünftige getan: die Löhne herabgesetzt. Als wenn dadurch eine Besserung erzielt werden könnte! Die an den

### Aus dem Inhalt

Kopfrechnen schwach — Großpensionäre werden nicht behelligt — Sieben Millionen!	259
Strafsteuer auf Arbeitslosigkeit — Nächstenliebe nach Tarif	260
Eingekerkerte Metallarbeiter	261
Eine Kluft droht! — Gewerkschaftliche Frauenarbeit	262
Mißwirtschaft in Polen — Das westdeutsche Industriegebiet	263
Verwertung von Erfindungen	264

Löhne gesparten Ausgaben müssen am Ende eine weitere Erhöhung der Unterstützungsausgaben für Arbeitslose zur Folge haben.

Der Staat Hamburg reorganisiert nicht nur seine Verwaltung. Dagegen wäre nämlich am wenigsten einzuwenden unter der Voraussetzung, daß keine Lebensnotwendigkeiten geschädigt werden.

Bei sinkenden Löhnen und Gehältern erhöht der Reichsernährungsminister mit Zustimmung der Regierung die landwirtschaftlichen Einfuhrzölle und hängt dem darbenenden Volke den immer kleiner werdenden Brotkorb noch höher.

Infolge der Arbeitslosigkeit und sinkendem Einkommen geht der Verkehr auf den Straßenbahnen usw. zurück und damit auch die Einnahmen. Was tut die Stadt Berlin? Sie erhöht die Fahrpreise, verweist damit immer mehr Menschen auf die Straße als Fußgänger und vermindert so wiederum selbst ihre Einnahmen.

Aber die Regierung Brüning tut nichts, um die Wirtschaft zu heben, sie lebt von der Hand in den Mund. Sie hat große Sorge, wo die Mittel zur Arbeitslosenunterstützung hergenommen werden sollen, und kann sie die Frage nicht beantworten, so werden die Sätze ermäßigt.

## Strafsteuer auf Arbeitslosigkeit

Das Einkommensteuergesetz läßt einen bestimmten Mindestsatz steuerfrei, der bei 1200 M für den Ledigen beginnt und mit dem Familienstand steigt.

Die Einkommensteuer, ihrer Natur nach Personalsteuer, wird damit zu einer von der Person des Steuerzahlers losgelösten Objektsteuer.

Sobald das Gesetz an dem Grundsatz festhält, ein bestimmtes Existenzminimum steuerfrei zu lassen, die unterschiedslose Inanspruchnahme dieses Minimums gleichzeitig jedoch illusorisch macht, wird zweierlei Recht geschaffen.

Noch ungeheurer als unter allgemeinen Gesichtspunkten nimmt sich die Streichung des § 93 vom Standpunkt des Betroffenen an. Sie besagt nichts anderes, als daß der Lohnsteuerverpflichtige, der das Unglück hat, im Laufe eines Jahres einmal arbeitslos zu werden,

Schulden und Garantien, durch zinslose Millionen darlehen das heutige morsche System zu erhalten.

Gibt es denn überhaupt einen Weg aus diesem Kreis des Elends und der Not? Eine Lösung ist trotz aller Schwierigkeiten durchaus möglich, und der Weg ist klar ersichtlich aus unserer Auffassung der wirtschaftlichen Entwicklungsgesetze.

Aber die Kapitalisten werden die fehlgeleiteten Kapitalien nicht abschreiben, eher kommt es zum Zusammenbruch, wie bei der Danatbank.

Aber die heutige Regierung will diesen einzigen Weg nicht gehen und deshalb muß eine Änderung durch das Volk erzwungen werden.

Es ist ein großes Ringen um das Leben des Volkes. Plan und Ziel sichern den Sieg nur, wenn sich die Arbeitenden dazu bekennen.

länger die Arbeitslosigkeit andauert! Bezieht ein unverheirateter, der Ledigensteuer nicht unterliegender Arbeiter beispielsweise 2000 M Einkommen bei voller Beschäftigung, so braucht er nur 2000 - 1200 = 800 M zu versteuern.

Dieses Beispiel ist aber noch günstig gewählt. Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit wird es oft vorkommen, daß das Jahreseinkommen überhaupt unterhalb der steuerfreien Grenze bleibt, so daß ein Einkommen versteuert werden muß, dessen Steuerfreiheit im Gesetz grundsätzlich garantiert ist.

Keines Beweises bedarf, daß die Härten, die sich für die Arbeiter- und Angestelltenschaft nach Maßgabe von Arbeitslosigkeit, Familienstand und Berufszugehörigkeit ergeben, zusammenfallen können.

Eine vierte Härte liegt darin, daß nunmehr auch die nachträgliche Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse in Fortfall gerät.

Alles dies beweist, daß der § 92 eine ganz entscheidende Rolle spielt, ja, daß ohne ihn grundlegende Bestimmungen des Gesetzes nur auf dem Papier stehen.

## Nächstenliebe nach Tarif

Ein Mensch frißt den anderen auf! Das gilt in der Tat noch heute für das menschliche Zusammenleben.

Wenn jemand hungrig und in Lumpen durch die Straße läuft, so verletzt er das ästhetische Gefühl der meisten Menschen und sie wenden ihre Augen ab; es kümmert sich keiner um ihn.

Der Mensch in seiner Vereinzelung dürstet nach Nächstenliebe. Aber wo findet er sie heute? Beim Kaufmann? aber gegen Bezahlung, nach Tarif!

Betrete ich einen Schuh- oder Kleiderladen, so erfahre noch vielmehr „Nächstenliebe“. Ich werde empfangen, als ich der liebste Freund wäre, auf das angelegentlichste sorgfältigste sucht man meinen Wünschen und Bedürfnissen gerecht zu werden.

Denn Nächstenliebe gibt es heute nur noch gegen Bezahlung und Tarif!

## Nationalsozialistische Irreführung

Nachdem die kommunistische Presse eine Zeitlang mit „Prunkbau des DMV“ Parteigeschäfte zu machen versucht hat sich die nationalsozialistische Presse dieses abgenagten Knochens erbart.

## Die Opelwerke in der Krise

Die Adam Opel AG, das bekannte Automobilwerk Rüsselsheim bei Frankfurt a. M., das in den Besitz der amerikanischen General Motors übergegangen ist, weist das verlorene Jahr abermals einen Verlust auf.

Die Abschreibungen sind gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Millionen Mark erhöht worden.

Der Bruttogewinn wird mit 12,49 Millionen Mark angegeben (Vorjahr 14,24).

## Sie verkaufen den Leib

Wie groß die Not der Menschen ist, kommt in einer Not zum Ausdruck, die wir in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ finden.

## Ist Marxismus ohne Seele?

In einer volkswirtschaftlichen Arbeit von Dr. Suranyi-Ungl in den Jahrbüchern für Nationalökonomie finden wir eine wissenschaftlichen Vergleich zwischen Sombart und Marx.

Also gerade das, was besonders der Nationalismus heute immer wieder bei Marx vermissen zu müssen glaubt, die Ethische, wird hier in dieser wissenschaftlichen Arbeit als ethisch Marxistisches betont.



# Familie und Heim



## Eingekerkerte Metallarbeiter

Von Hermann Nöll

Unter den Hunderttausenden von Straf- und Untersuchungsgefangenen, die in Deutschland eingekerkert sind, befindet sich ein gutes Teil Metallarbeiter. Der Beweggrund ihrer Straftat ist hauptsächlich in den derzeitigen schlechten Verhältnissen zu suchen. Schmiede, Schlosser, Klempner, Mechaniker, Werkzeugmacher, Dreher, Schleifer, fast alle Berufe der Metallindustrie sind hier vertreten. Die schwierigen Hände, die einst Hammer, Meißel und Feile führten, sind jetzt gezwungen, Kokosmatten zu flechten, Tüten zu kleben, Netze zu knüpfen, Bürsten zu machen oder Pantoffeln zu nähen. Nur ein kleiner Teil der gefangenen Metallarbeiter kann während der Haft seinen Beruf ausüben. Eine Schmiede, eine Schlosserei und Klempnerei sind zwar in jedem Gefängnis und auch in jedem Zuchthaus, aber Arbeit gibt es nur für wenige, selbst in den großen Anstalten, die eigene Landwirtschaft und Viehzucht haben. Die Arbeit beschränkt sich hauptsächlich auf Reparaturen und kleine Neuanfertigungen. Die Schmiede müssen die Pferde beschlagen, die landwirtschaftlichen Geräte nachsehen und reparieren, die großen Wasch- und Kochkessel flicken, oder ab und zu, wenn einer ihrer Kollegen, vom Freiheitsdrang geplagt, das Bedürfnis hatte, bei Nacht und Nebel auszubrechen, neue Traljen anfertigen. Den Schlossern ist das Reparieren der zahlreichen Schlösser und Riegel, die Neuanfertigung von Schlüsseln und Betteneisen überlassen. Und die Klempner schließlich haben die vielen Wasserleitungen, Waschschränke und Eßnapfe in Ordnung zu halten und dann und wann für Ersatz zu sorgen. Sehr zu plagen braucht sich hierbei jedoch keiner. Die beamteten Meister, die früher einmal, bevor sie in den Strafanstaltsdienst traten, ebenfalls Metallarbeiter waren, nehmen es nicht so genau und lassen sich in den Werkstätten nur selten sehen. Es gibt Zeiten, wo sehr viel oder wo gar nichts zu tun ist. Wenn zum Beispiel unter den Insassen einige sind, die oftmals in der Woche den „wildem Mann“ machen, das heißt alles, was erreichbar ist, kurz und klein schlagen, dann gibt es natürlich viel Arbeit.

In der freien Zeit und auch in der Mittagsstunde wird, genau wie draußen, fleißig gepfuscht. Der oder jener Wachtmeister braucht für seinen Haushalt irgendein Gerät oder ein Spielzeug für sein Kind, oder ein Kollege, der in Einzelhaft sitzt, benötigt ein Feuerzeug, eine Luntenschachtel oder sonst etwas, das verboten ist und das er sich nicht beschaffen kann. Alles dies macht der gefangene Metallarbeiter gerne. Als Lohn dafür verlangt er vor seinen Auftraggebern Rauchtobak und Priem. Auf Rauchtobak und Priem ist er besonders versessen, denn dies sind die einzigen Genussmittel im Hause der Freudenlosen. Das Verlangen danach ist oft so groß, daß sie dafür Werkzeuge, Treibriemen und anderes verschleiben. Die Entbehrung des Tobaks ist neben der Sexualnot das schlimmste, was es für den gefangenen Menschen geben kann, besonders noch bei den gefangenen Schwerarbeitern. Daher kommt es, daß von jeher die Entbehrung des Tobaks und die Sexualnot der Gefangenen die Triebfedern zu allerlei neuen Straftaten, zu Meutereien, zu Ausbrüchen, zu Sittlichkeitsverbrechen und anderen waren.

Aus der Strafanstalt zu Gollnow in Pommern flüchteten vor einigen Jahren unter dem Druck der Sexualnot und

der genannten Entbehrungen drei Schlosser, zwei Schmiede und zwei Klempner. Auf einem Zettel, den sie zurückgelassen hatten, stand folgendes Gedicht:

„Wahnsinn und Schande ist dieser Ort,  
Hölle und Folterkammer,  
Gift, Verderben und Mord,  
tausend Qualen und Jammer!

Menschen werden hier taub und stumm,  
werden wie wandelnde Leichen,  
fallen wie leere Säcke um,  
alles wegen der Reichen!

Würgende Gase, stechende Glut  
fressen sich in die Kehle,  
unheimliche Lüste kochen das Blut  
und zermartern Leib und Seele!

Unterwegs verübten sie einige Einbrüche in Villen, um zu Kleidern und zu Geld zu kommen. Einer der zwei Schmiede soll sogar den Frack und den Zylinder eines Kommerzienrats angezogen haben und so unter dem Gesang der Marseillaise nach Stettin getipelt sein. Bemerkenswert ist überhaupt, daß die gefangenen Metallarbeiter, auch wenn ihre Strafe noch so schwer und hart ist, nicht den Humor verlieren. Es handelt sich selbstverständlich nur um Galgenhumor. Echter, goldener Humor kommt hinter den Kerkermauern nicht auf. Als zum Beispiel im Zuchthaus zu Sonnenburg eines Tages ein Schlosser entlassen werden sollte, versammelten sich sämtliche Metallarbeiter, die in den Anstaltswerkstätten beschäftigt waren, und spielten auf Pauken und Trompeten, die sie sich aus alten Kesseln und Rohren angefertigt hatten, zum Abschied: „Muß i denn, muß i denn...“ Sie verursachten einen solchen Höllenlärm, daß man dachte, ein Irrenhaus sei wild geworden. Der Spaß dauerte aber nicht lange. Die Beamten eilten herbei, nahmen ihnen die „Instrumente“ weg und warfen die armen gefangenen Teufel in die Arrestzellen.

Der Vorfall hatte noch ein bemerkenswertes Nachspiel. Sobald die anderen Metallarbeiter, die ihren Beruf nicht ausüben durften und bei einer anderen Arbeit in Einzelhaft saßen, davon erfuhren, protestierten sie dagegen und traten gemeinsam in den Hungerstreik. Ein Zeichen bewundernswerter Solidarität! Der Anstaltsleiter war dadurch gezwungen, die Arrestanten aus den höllischen Zellen zu erlösen. Darunter befand sich auch ein junger Mensch, der es seit Jahren verstanden hatte, sich immer wieder die in den meisten Strafanstalten verbottene Metallarbeiter-Zeitung zu verschaffen. Er war deshalb von dem reaktionären Anstaltsleiter stets mit einer empfindlichen Arreststrafe belegt worden. Überhaupt war wegen der Metallarbeiter-Zeitung stets in den Strafanstalten Krach. Jeder Metallarbeiter wollte sein Verbandsblatt lesen, aber den Anstaltsverwaltungen war diese Zeitung zu links gerichtet. Trotz des Verbots gelangten von Zeit zu Zeit genügend Metallarbeiter-Zeitungen in die Hände der Gefangenen. Jeder empfand dieses Verbot als eine Schändlichkeit und hat gar oft Beruhigung gesucht in dem Trost:

„Einmal aber wird es anders sein,  
wird es keine Kerkerei mehr geben!  
Einmal wird die Menschheit gut und rein  
und verschweist mit der Erde leben!“

## Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1920 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1920

XXI.

Jetzt sieht sich Marie nach neuer Arbeit um. Zu den zwei Aufwartestellen, die sie versorgt, nimmt sie nun noch eine Büroreinigung an, die Trudes Mann ihr vermittelt. Jetzt muß sie morgens um fünf Uhr aufstehen, anders geht das nicht. Aber: sie kann jetzt, wenn Fritz versagt, den Haushalt allein aufrecht erhalten. Sie verdient jetzt in der Woche 38 Mark. Damit wird sie es zur Not schaffen. Marie wird wieder zuversichtlich.

Auch auf Fritz scheint Maries selbständiges Unternehmen wirksam zu sein. Er ist wieder vernünftig, trinkt nicht, kommt wieder pünktlich nach Hause. Noch frohlockt Marie nicht; aber sie fragt schon: Gesiegt? Marie kann wieder sparen. Als Fritz — erste Freude seit langem für Marie — verlegen und plump ätschelnd anregt, daß sie doch nun die Büroreinigung ausgeben könne, schüttelt Marie den Kopf. „Wir haben zu viel verloren, Fritz! Wir müssen das wieder einholen! Wenn es soweit ist, ja. Wir wollen doch wieder hochkommen, Fritz!“

Er wendet sich ab und schweigt. Marie versteht den Mann, der sich jetzt schämt. Sie liebt ihn und geht auf ihn zu, lächelt und umarmt ihn. Küßt ihn.

Zum Abend hat sie ein besonders gutes Abendbrot angerichtet, sie hat Teig angerührt, der nun steht und aufgeht, sie will ihm, wenn er da ist, Waffeln backen, sein Lieblingsessen. Dazu hat sie eine Flasche Bier für ihn heraufgeholt und eine gute Zigarre als Nachtsch.

Marie wartet. Fritz kommt nicht. Marie versteht das nicht. Fritz ist doch wieder so vernünftig gewesen? Es wird immer später. Fritz kommt nicht. Immer noch nicht. Jetzt ist es bald frühmorgens.

Marie läßt den Kopf sinken. Nun ist es wieder soweit! Langsam geht sie daran, den Tisch wieder abzudecken. Der Teig ist nun sinnlos geworden; sie wirft ihn in den Mülleimer. Die Flasche Bier verschließt sie in den Küchenschrank. Einsam liegt auf dem Tisch die Zigarre. Feuerrot grinst höhnisch die Binde. Da nimmt Marie die Zigarre und zerdreht sie in der Hand; knirschend zerbröckelt der Tabak und rieselt auf den Fußboden. Mechanisch spielt Maries Fuß mit dem Tabakstaub, schiebt ihn hin und her. So wartet sie auf Fritz. Bis zum Morgen. Bis die Arbeit ruft.

Er ist nicht gekommen. Das ist das erstmal! Jetzt wird Marie unruhig. Von dem Büro, das sie in Eile in Ordnung bringt, hetzt sie nach Hause. Fritz ist nicht da. Nach der ersten

Aufwartung wieder nach Hause. Das gleiche. Maries Unruhe steigt. Vom Zigarrenladen unten an der Ecke telefoniert sie ihre zweite Aufwartestelle an, daß sie heute nicht kommen kann und eilt in das Restaurant, in dem Fritz beschäftigt ist.

Hastig fragt sie am Büfett nach Fritz. Da ist man verlegen und keiner will mit der Antwort herans. Die Kellner drücken sich und die Büfett Damen rücken mit den Achseln. Marie soll sich an den Geschäftsführer wenden. Kopfschüttelnd und unklar, was das heißen soll, eilt Marie in das Büro.

Der Geschäftsführer ist ein junger Mann, tadelloso gekleidet, mit kleinem Schnurrbartchen, mit gepflegten Manieren. Kurz sieht er Marie an. Er weiß nicht recht, was er tun soll. Bedächtig klopft er seine Zigarette ab.

„Tja, liebe Frau, hm, das ist nicht so einfach, nicht wahr? Wie soll ich Ihnen das sagen! Aber setzen Sie sich! Also, tja, Ihr Mann? Ihr Mann hat eine Dummheit gemacht.“

Marie fährt auf. Sieht ihn unbegreifend an. Will Klarheit. Dem jungen Mann ist es nicht wohl zumute. Es wird ihm schwer.

„Ihr Mann hat sich im Dienst einen schweren Diebstahl...“ Er kann nicht weitersprechen. Marie ist mit einem schrillen Aufschrei zu ihm gestürzt, hat seinen Rock gefaßt, reißt ihn hin und her und schreit irrt nur das:

„Das ist nicht wahr! Sagen Sie, daß es nicht wahr ist! Das kann nicht wahr sein! Sagen Sie, daß es nicht wahr ist! Bitte, bitte, Herr!“

Zwei Kellner, von dem Schreien gerufen, stürzen herein. Der Geschäftsführer winkt ab, verlegen und schweigend verschwinden sie. Mit Mühe nur bringt er Marie soweit zur Ruhe, daß sie wenigstens zuhören kann. Wenn auch nicht verstehen.

Fritz hat aus der Manteltasche eines Gastes eine Brieftasche mit 200 Mark Inhalt gestohlen. Der Mantel hatte an einem Garderobenstander gehangen. Der Gast hatte vergessen, die Brieftasche vorher herauszunehmen. Als er bezahlen wollte, stellte er sein Vergessen und darauf den Verlust der Brieftasche fest.

Fritz hatte nun eine Dummheit begangen, die ihn sofort überaus schwer belastete. Fritz war Kollegen 100 Mark Spielverlust schuldig. Die Kollegen hatten auf die Bezahlung gedrängt und mit einer Mittellung an den Geschäftsführer gedroht, was wiederum Unannehmlichkeiten bedeutet hätte. Darauf hatte Fritz versprochen, umgehend die Sache zu erledigen, und hatte auch kurz vor Dienstschluß dem Betreffenden die 100 Mark ausgezahlt.

Er hatte erklärt, er habe sich das Geld von einem befreundeten Kellner in einem benachbarten Restaurant geliehen. Das war an sich nichts Unwahrscheinliches. Als aber dann der Diebstahl der Brieftasche bekannt wurde, war das schnelle Auszahlen einer Summe, die Fritz vorher nicht besitzen hatte, doch Grund, stutzig zu werden. Man hatte Fritz zur Rede gestellt. Er war kühl und ruhig geblieben und hatte nur immer wieder auf Taschendiebe hingewiesen. Auch eine Untersuchung seiner Kleider durch die inzwischen herbeigerufenen Polizisten hatte nichts ergeben.

Bis ein Kollege, der selbst seinem Verdacht nachgegangen war, auf dem Serviertisch im Revier von Fritz zwischen den Servietten die vermißte Brieftasche fand.

Ihr Inhalt war nur mehr 100 Mark. Und da Fritz den Namen des Kellners, von dem er das Geld geliehen haben wollte, nicht hatte nennen können, war die Lage der Dinge klar. Fritz, im Kreuzverhör zweier inzwischen angelangten Kriminalpolizisten eingekerkert und von dem sich überstürzenden Lauf der Ereignisse kopflos gemacht, blieb nicht weiter übrig, als zu gestehen.

Seine letzten Worte, bitter hinausgelacht, waren: „Also — zum Stehlen bin ich wohl doch zu dumm!“, was ihm die Kriminalpolizisten auch mit sachlichem Kopfnicken bestätigten hatten.

„Das Restaurant mußte ihn natürlich fristlos entlassen. Werden Sie ja verstehen, liebe Frau. Tja, traurig, sehr traurig, war an sich ein tüchtiger Kerl, fix und hinterher. Sehr traurig für Sie, liebe Frau! Aber — ich konte ja auch nichts da machen, nicht wahr? Wenn er das wenigstens intelligenter angefaßt hätte, aber so — unglücklich!“

Marie sitzt da und schweigt. Denkt nach und setzt die Steine zusammen. Sie braucht Zeit dazu. Das geht nicht so schnell. Das muß erst begriffen werden. Und dann ist es noch unklar. Schließlich fragt sie, wo er nun sei.

Der Geschäftsführer dreht sich um, zum Fenster, spielt mit der Zigarette.

„Wo —? Im Untersuchungsgefängnis. Nehme ich an. Natürlich! Haben ihn ja mitgenommen, nicht wahr?“

Jetzt steht Marie auf. Das ist schwer. Die Beine sind wie Blei und das Gehirn weiß nicht recht, was es den Gliedern sagen soll. Endlich steht sie. Dreht sich langsam um und geht zur Tür.

Der Geschäftsführer winkt einem Kellner zu. Der läuft herbei und führt Marie durch einen Seitenausgang hinaus. Marie schüttelt plötzlich den Kopf, als wolle sie etwas aus den Ohren herauserschütteln. Gedämpft drängen sich hartnäckig Töne hinein: Geigen, jetzt eine Flöte, jetzt ein Paukenschlag, Walzertakte, unsinnige Walzertakte, die aus dem Lokal kommen.

Marie schüttelt den Kopf. Was soll das eigentlich? Das alles!

Mechanisch treten ihre Füße, gleiten sie mehr über den Bürgersteig. Ein schwankender, hölzerner, unsicherer, automatisch tapender Körper ist das, der da über den Platz will. Er hört nicht den Wutschrei des Kutschers, der jetzt eben im letzten Augenblick jäh und fluchend seine Pferde zurückreißt: „Bist woll besoffen, doore Zickel!“ hört nicht das wütende Schimpfen der Chauffeurs, die ihre Wagen herurreißen und scharf bremsen, daß es schrill aufkreischt: „Keene Augen im Kopf, blindes Huhn, du?“ Man lacht hinter ihr her und taxiert hier: Eine Verrücktel und dort: Wieder so eine am helllichten Tage Betrunkene!

So torkelt sie dahin: Wie eine Schlafwandelnde, aus verglasten Augen durch alles hindurch, durch Menschen, Dinge, Bäume, Mauern, Häuser ins Nichts endloser Weite stierend. Sie sieht und hört nichts mehr. Sie ist empfindungslos und ihr Gehirn ohne Kontakt.

Fritz hat gestohlen! — Fritz ist im Gefängnis! — Was wird nun? Das spielt da oben unter der Schädeldecke Fangball miteinander; das drückt gewaltig und schmerzhaft auf die Schädeldecke, bohrt sich hindurch durch die Knochenwand, gräbt sich hinein in das Gehirn und jagt da hintereinander her und spielt Blinky miteinander. Das ist kalt, so eisig, grauenhaft kalt, daß Marie plötzlich fühlt, wie ihr Gehirn buchstäblich einfriert, hart wie Glas wird, spröde und zerbrechlich.

Sonderbar, wie sie den Weg nach Hause findet! Sonderbares Wunder eines rätselhaften Gottes, daß Pferdehufe sie nicht zertraten und Räder sie nicht zerfetzten! Schritt für Schritt zieht sie sich schwer am Treppengeländer die Treppe hinauf.

Unter der Tür durchgeschoben, im Korridor, liegt ein Brief. Die Polizei teilt mit, daß „Fritz Baltrusch, Kellner, Ehemann der Marie Baltrusch, wegen überführten Diebstahls im Untersuchungsgefängnis des Polizeipräsidiums inhaftiert ist“, daß er Post und zu der und der Zeit Besuch empfangen darf.

Marie schüttelt den Kopf. Was soll das nur? Das weiß ich doch schon! Was soll denn der Brief?

Marie steht da, im Korridor, mit dem Brief in der Hand. Versucht nachzudenken; es gelingt immer noch nicht.

Aus der Küche kommt Trude und sieht fragend die Mutter an, wagt nicht zu sprechen.

Endlich sieht Marie die Kleine. „Was ist, Trude?“

„Gerd hat Hunger, Mutti. Soll ich ihm Brot geben? Und die Miez will nicht schlafen, Mutti.“ Marie hebt den Kopf. Das versteht sie, das, was Trude sagt. Marie nickt, geht in die Küche, nimmt Brot aus dem Kasten, Butter aus der Speisekammer, schneidet Schnitten, drückt das Brot gegen den Leib.

Hält ein, stockt spähend. Jetzt ist es wieder da: Zernen, Ziehen, das sie kennt, ganz genau kennt. Will es nicht glauben, horcht in sich hinein, lauert verbirren: Jetzt wieder! Ein stechender Gedanke: Was sie seit Wochen befürchtet hat, stimmt! Ist wahr. Unerbittlich wahr!

Ihre Hände werden locker. Das Brot fällt auf den Boden, das Messer hinterher. Marie stiert in die Höhe, horchend, lauernd, furchtbar. Sie fühlt, wie ihr Leib locker wird, wie die Muskeln versagen, sich lösen. Sie schwankt, hält sich noch am Tisch, stiert ir durch die Küche. Da ist alles so verschwommen: Da ist der Schrank, der fließt auseinander und kriecht wieder zusammen, da ist der Tisch, der schwankt und wird immer kleiner, da steht Trude und hat Augen, die sind so groß wie Teller und schwimmen auseinander. Marie beißt sich auf die Lippen, sieht Trude an und hört ihren erschrockenen Ruf. Jetzt wieder, deutlicher. Marie stemmt sich auf den Tisch, sie darf jetzt die Kraft nicht verlieren. Die Kinder, die Kinder! Marie ruft sich das zu.

Jetzt werden ihr die wimmernden Augen Trudes klarer, schrumpfen zusammen, werden scharf und deutlich. Sie sieht, wie Trude sich bückt und Brot und Messer aufhebt und ihr entgegenhält. Ja, der Schrank dort ist wieder wie immer, der Tisch schwankt nicht mehr, die Muskeln fassen sich wieder und rufen sich an, die Augen sehen wieder klar. Marie hat überwunden.

Sie nimmt Brot und Messer, streicht die Schnitten, gibt Trude eine Schnitte, bringt die andere dem Jungen, nimmt das Jüngste auf den Arm, wiegt es und singt ihm eintönig sinnlose Laute vor, bis es schläft, legt es behutsam wieder in das Bettchen und geht nun daran, das Geschirr aufzuwaschen.

Schweigsam und ohne Gedanken tut sie es. Pflicht, die selbstverständlich ist, Selbstverständlichkeit, die sie mechanisch tut. Neben ihr steht Trude, vierundeinhalb Jahre alt, und trocken schweigend wie die Mutter die Teller ab, die diese ihr zureicht.

Wie unausbar viel gehört doch dazu, bis ein Mensch zusammenbricht! Marie ist nicht zusammengebrochen. Sie steht! Aufrecht! Und tut ihre Pflicht. (Wird fortgesetzt.)



# Eine Kluft droht!

Zu dem gleichbetitelten Aufsatz in Nr. 33 der MZ ist uns ein ziemliches Päckchen Zuschriften zugegangen. Wir lassen heute einige davon hier folgen. Wir gedenken uns zu der Sache erst wieder zu äußern, wenn die Aussprache zu Ende ist. Schriftleitung.

## Die erwerbslosen Kollegen zusammenfassen

Zu dem gleichbetitelten Aufsatz in Nr. 33 der „Metallarbeiter-Zeitung“ schreibt ein arbeitsloser Berliner Kollege:

Den genannten Aufsatz möchte ich in einigen Punkten ergänzen. Die Erwerbslosendeckelung, wie ich sie in den Jahren 1924 bis 1930 und jetzt im ganzen laufenden Jahr verschiedentlich zu beobachten Gelegenheit hatte, hat mit der jetzigen langanhaltenden Krise zweifellos gewechselt. Wohl ist sie in manchen Fällen mit Hoffnungslosigkeit gepaart, doch im ganzen genommen noch wandelbar. Die weltweiten Geschehnisse der Gegenwart, verbunden mit den Kreditübertragungen des Auslandes, lassen sogar im Augenblick vielfach neue Hoffnungen keimen. Auf eine Dauererwerbslosigkeit ist man durchaus noch nicht überall eingerichtet. Ein Symptom hierfür ist nicht zuletzt die offene Zurückhaltung des Gros der Erwerbslosen vom Volksentscheid. Ist aber erst den Millionen Erwerbslosen jede Möglichkeit der Arbeitsaufnahme geschwunden, dann ergibt sich zwangsläufig eine andere Problemstellung, von der im Aufsatz in Nr. 33 nicht ausgegangen wurde und auch hier nicht in Erwägung gezogen werden soll. Es kann nur immer im wesentlichen die Gegenwart zum Ausgangspunkt einer Betrachtung genommen werden, und diese ist hier zum mindesten ein wenig schief gesehen, wenn gesagt wird: „Das Sinnen und Trachten ändert sich, es bildet sich allgemach eine Arbeitslosenmentalität, die sich nicht selten gegen die im Betrieb stehenden Kollegen richtet. Neid, Mißgunst und gleichwertige Eigenschaften stellen sich ein. Das Interesse der Arbeitslosen gilt kaum noch etwas anderem als dem staatlichen Unterstützungswesen, dem Arbeits- und dem Wohlfahrtsamt. Er entfremdet sich von seiner früheren Gewerkschaftsarbeit, die Verhandlungsgegenstände kümmern ihn nicht mehr, die in der Verbandszeitung erörterten Dinge desgleichen.“

Diese, ihrer Bedeutung wegen wiederholten Sätze zeigen das angeschnittene Problem nicht in voller Wirklichkeit. Wäre es aber so, dann hätte die völlige Verarmung einen wesentlichen Teil der Arbeiterklasse bereits erfaßt. Das scheint mir nicht der Fall. Die völlige Verarmung kann aber eintreten, wenn diese Notverordnung (vom 5. Juni) ein oder mehrere Jahre bestehen bleibt oder noch verschärft wird. Doch müßte man da aber voraussetzen, was wenig wahrscheinlich ist, ein völliges Gewährenlassen der Reaktion auf sozialpolitischem Gebiet durch die Arbeiterklasse und, andererseits, die völlig gleichgültige Hinnahme der reaktionären Missetaten, kurz, ein schweigendes Verrecken durch die Erwerbslosen. Alle Augen wenden sich daher den Bestrebungen zu, die Notverordnung zu revidieren. Hier liegt neben der Erkämpfung der 40-stündigen Arbeitswoche die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften.

„Worauf kommt es heute an, um die Kampfkraft der Erwerbslosen, auf die unter obwaltenden Umständen nicht verzichtet werden kann, zu erhalten? Die Klasse muß sich eins fühlen! Das betont der Verfasser des Aufsatzes in Nr. 33 der „MZ“. Wird das die ganze Klasse umschlingende Band zerrissen, leiden alle ihre Teile ziemlich gleichmäßig darunter. Gerade das nun begrreifen noch fast alle Erwerbslosen, nicht nur die organisierten. Natürlich gibts böse Ausnahmen; doch solche sind ja auch im Betriebe vorhanden.

„Die Anteilnahme an der Organisation sollte verallgemeinert und vertieft werden...“, heißt es in dem erwähnten Aufsatz der „MZ“. Hierin sehe ich die Hauptsache. Rein menschliche Erwägungen sollten nicht ausgeschaltet werden, wenn ich fortfahre: Hier wurde bisher zu wenig getan; hier muß der Hebel angesetzt werden. Da noch mit längerer Dauer des Erwerbslosendens gerechnet werden muß, ist eine stärkere Verbindung der Gewerkschaften mit den erwerbslosen Klassen-genossen unbedingt notwendig. Zur planmäßigen Erfassung ein paar Vorschläge:

In größeren Ortschaften soll man die erwerbslosen Kollegen nach Stadtteilen oder, wie in Berlin, nach Verwaltungsbezirken ungeachtet der Branchenzugehörigkeit zusammenfassen. In kleineren Ortschaften könnte zeitweilig die Zusammenziehung ebenfalls durch den Ortsausschuß des ADGB geschehen, so oft dies das Bedürfnis erfordert. Hier müssen vom Standpunkt des gewerkschaftlich Möglichen rückblickend alle Fragen erörtert werden. Weiter könnten orts- oder bezirksweise die Branchenkollegen erfaßt werden bis hinauf zum Wirtschaftsbezirk. Im Maßstab eines Wirtschaftsbezirks wäre den größten Branchen ein Mandat für die erweiterte Ortsverwaltung einzuräumen, in kleineren und kleinsten Ortschaften käme für die Gesamtzahl der Erwerbslosen der Ortsausschuß in Frage. An den Bezirks-Vertrauensmännerkonferenzen hätten mit vollen Rechten die im Bezirk oder den Branchen gewählten Vertreter teilzunehmen.

Das Bedürfnis nach Aufklärung über die Wirtschaftskrise usw., das fraglos vorhanden ist, soll zunächst durch Schulungskurse befriedigt werden. In diesem Zusammenhang sei die kürzlich erschienene Verbandschrift: „Einigkeit ist das Gebot der Stunde - Arbeiterrechte sind in Gefahr“ erwähnt. Diese leicht lesbare Schrift mit ihrem namentlich die Erwerbslosen betreffenden Inhalt gehört in die Hand jedes Nachweiskollegen. Das eine, schnell zerlesene Exemplar der „Metallarbeiter-Zeitung“ genügt hier bei weitem nicht. Wöchentliche Verteilung einer größeren Anzahl Verbandszeitungen ist sehr wohl an Platz. So könnte Not und Elend der erwerbslosen Kollegen sinvoll in den gewerkschaftlichen Rahmen eingefügt werden, „das Leid mitgeteilt werden“, wie der Verfasser des Aufsatzes in Nr. 33 der „MZ“ richtig sagt. Ergänzende Nachweissammlungen aller organisierten (erwerbslosen) Kollegen wären ebenfalls sehr am Platze, notfalls mit Sympathisierenden.

Nun wäre noch die materielle Beihilfe in besonderen Fällen zu erwähnen, deren Gewährung im Rahmen des Statuts nichts im Wege steht, aber naturgemäß unzureichend ist. Ausgesteuerte Kollegen, die langjährig erwerbslos und mit mehrköpfiger Familie belastet sind, müßten periodisch eine bestimmte Pauschalabnahme erhalten, die teils durch die Ortskasse, andererseits durch freiwillige Sammlungen der vollarbeitenden Kollegen aufzubringen wäre. So sehe ich das erneut aufgeworfene Problem, Gemeinsames Leid - gemeinsamer Kampf sei die Forderung. K. Sch.

## Die Kollegen müssen helfen

Daß es schwer ist, Frauen zu organisieren, gibt die Schriftleitung der MZ selbst zu. Ja, es ist schwer. Die Funktionärinnen, die Kleinarbeit leisten, wissen das am besten. Wozu liegt es aber, daß die Frauen gewerkschaftlich und auch politisch den Männern gegenüber so zurück sind? Nun, die Frauen sind viel zu sehr für Romantik eingenommen. Sie vergessen den Ernst der Lebenslage einer Arbeiterin. Es fällt ihnen daher nicht ein,

Abwehrmaßnahmen zu treffen. Deshalb ist es so schwer, den Frauen die Notwendigkeit der Organisation klarzumachen. Wenn man so den Lesestoff betrachtet, der in der Mittagspause verschlungen wird, stellt man meistens fest, daß es die größte Gehirnverkleisterung ist. Macht man dann auf sozialistische Schriften aufmerksam, findet man wenig Verständnis und Entgegenkommen. Überhaupt sind die meisten Frauen der Meinung, Gewerkschaft und Politik solle man den Männern überlassen. Alle Rechte, die die Sozialdemokratie für die Frau erkämpft hat, werden nicht geschätzt. Wenn man das sieht, fängt man fast an, pessimistisch zu werden. Sollen wir uns von der Frauenbewegung etwas vormachen, das noch nicht da ist? Als Gewerkschafter brauchen wir ein tatsächliches Bild, um danach unsere Aufklärungsarbeit einzurichten. Ich habe das Empfinden, daß viele Frauen, die zur Organisation kommen, es nicht aus purer Solidarität tun. Aus den Reden der Kolleginnen höre ich, daß es oft mehr die Aussicht auf Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit ist.

Wir als Funktionärinnen würden gerne mehr leisten. Aber was bleibt uns neben der Lohuarbeit noch an Zeit und Kraft? Außer in den paar Stunden, wo Verhandlungen stattfinden, arbeiten wir in Akkord. In Versammlungen, an denen bei uns verschiedene hundert Männer teilnehmen, sind höchstens acht Frauen zu sehen. Ich glaube berechtigt zu sein, den Männern den Vorwurf machen zu können, daß ihr Interesse etwas selbstsüchtig ist. Wäre es anders, dann müßte jeder Kollege seine Frau, Braut und Tochter in die Gewerkschaftsbewegung hineinziehen. Vergessen die Kolleginnen, daß dies nicht nur zum Vorteil der Frau, sondern auch für sie selbst zu geschehen hat? Denken die Kolleginnen nicht daran, daß gerade die unaufgeklärte Frau es ist, die um 50 vH billiger schafft und dadurch die Männer vom Arbeitsplatz verdrängt? Tut mehr eure Pflicht, Kolleginnen, helft uns kleine Funktionärinnen. Bringt eure Frauen mit in die Versammlung, damit wir bei ihnen besser für die Gewerkschaft werben können. L. F., Betriebsratsvorsitzende.

## Lokale bereitstellen

Die Kluft besteht bereits, hier etwas mehr, dort etwas weniger. Das ist mir in den letzten Jahren öfter zum Bewußtsein gekommen, wo ich bald Monate erwerbslos war, bald das Glück hatte, wieder zu arbeiten. Der Arbeitende merkt das nicht so. Tagsüber im Beruf vollauf in Anspruch genommen, hat er wenig Zeit und Gelegenheit, sich mit dem Seelenleben der Arbeitslosen zu befassen. Eine andere Umgebung, eine veränderte Lebensweise, viel Zeit und wenig Beschäftigung, dazu: große Einschränkungen, lassen ein anderes Denken und Fühlen aufkommen. Je größer der Unterschied im Einkommen, desto mehr weitet sich, vielen oft noch nicht recht sichtbar, die Kluft. Zumal, wenn sich die Beschäftigten von den Arbeitslosen absondern oder durch ihr Verhalten den unschuldig in Bedrängnis geratenen Kollegen, vielfach unbewußt, kränken. Wie ganz anders wirkt dagegen eine freundliche Unterhaltung. Das heitert auf und ist auch nicht mit besonderen Kosten verbunden.

Notwendig und nützlich ist, daß eine gute Fühlung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen erhalten bleibt. Die verschiedenen Arbeiterorganisationen, Partei, Gewerkschaft, Arbeiterwohlfahrt, Sportbund und andere Kulturvereinigungen müssen hier Hand in Hand arbeiten; eine muß die andere ergänzen. Die Tätigkeit im Sommer sollte eine andere sein als im Winter, im Sommer mehr ins Freie, im Winter mehr in Räumen. In der wärmeren Zeit lebt auch der Ärmere leichter und billiger. Hart dagegen ist ihm der eintönige, kalte Winter. Die Organisationen täten gut, in den verschiedenen Vierteln Lokale bereitzustellen, wo die Erwerbslosen die Woche einigemal zusammenkommen können. Orte zum Aufwärmen, Lesen und zur Unterhaltung. Mit Vorträgen, Filmvorführungen usw. läßt sich manche düstere Meinung aufhalten. Gibt es dazu ein warmes Getränk mit Brot, so schadet das nicht. Welchen tiefen Eindruck eine gute Veranstaltung erweckt, das zeigte in unserer Stadt der von den Arbeiterverbänden vorgeführte Film „Im Westen nichts Neues“. Die Erwerbslosenvorstellungen hätten stets ein volles Haus. Auf die Jugend ist besonders zu achten. Sie wächst in einer anderen Zeit als unsere älteren Kollegen.

Hilfe von Mensch zu Mensch, von Familie zu Familie wird jetzt schon vielfach geübt, doch ist und kann sie oft nur gering sein, denn viel Materielles kann der Beschäftigte oder Kurzarbeiter selbst nicht abgeben, und wirksame seelische Unterstützung bedingt eine gewissen Hochstand des Gemütes und der geistigen Veranlagung des Gebenden. Doch sollte diese Hilfe mehr und mehr geübt und ergänzt werden durch die Hilfe der genannten Organisationen. W. H.

## Gewerkschaftliche Frauenarbeit in Dresden

In Dresden besteht seit September 1929 eine Arbeiterinnen-Abteilung. Sie hat zunächst die Aufgabe, mit allen Betrieben, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt werden, die Verbindung herzustellen. Die Verbindung ermöglichen wir durch persönliches Einladen und durch Besprechungen mit den weiblichen Betriebsvertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern. Würde doch manche Kollegin noch nicht einmal, wo das Verbandsbüro ist. Zu Anfang der Abteilung zählten wir 114 in den Betrieben gewählte Funktionärinnen, davon waren 68 Vertrauenspersonen und 46 Betriebsratsmitglieder. Im Jahre 1930 war die Zahl gestiegen auf 162 eingetragene Funktionärinnen, davon waren 85 in den Betrieben gewählte Vertrauenspersonen und 77 Betriebsratsmitglieder. Darüber hinaus beteiligte sich auch eine größere Anzahl Kolleginnen als ständige Mitarbeiter an den Versammlungen und Sitzungen der Funktionärinnen. Die durchschnittliche Besucherzahl der monatlichen Versammlungen beträgt heute durchschnittlich 90 Teilnehmer aus 30 bis 35 der wesentlichsten Betriebe.

Die zweite Aufgabe der Abteilung ist, die Bildungsarbeit unter den Arbeiterinnen zu fördern. In den monatlichen Versammlungen der Funktionärinnen werden in der Regel Vorträge beliebiger Art gehalten. Abschließend finden Aussprachen über wichtige Verbandsangelegenheiten und Fragen der Arbeiterinnenbewegung statt.

In Versammlungsorten sind die Tische weiß gedeckt und mit Blumen geschmückt, so daß die Kolleginnen hier bestimmt Erholung finden können, da unsere Versammlungen immer nach Arbeitschluß stattfinden. Die Funktionärinnen haben sich einen Vorstand, bestehend aus vier Kolleginnen, gewählt. Er hat die Aufgabe, die Programme für die Versammlungen auszuarbeiten.

Außer dem Vorstand besteht noch ein Arbeitsausschuß. Er setzt sich zusammen aus ehemaligen Teilnehmerinnen von Arbeitsrechtsschulen, der Betriebsratschule und der Wirtschaftsschule in Dürrenberg. Zweck dieses Ausschusses ist, den Kolleginnen, die Kurse besucht haben, zur Weiterbildung zu verhelfen. Die Kolleginnen sollen das Gehörte schriftlich ansarbeiten und

## Vom Vorstand

Telegrammenschrift: Metallverband Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750 - 6753

Mit Sonntag, dem 30. August, ist der 36. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. August bis 5. September 1931 fällig.

## Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Der Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“ ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegeld ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist stets Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Postkosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

## Für nichtwiederaufnahmefähig wird erklärt

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg: Der Bohrer Ferdinand Handke, geb. am 29. September 1882 zu Neu-Born, Mitgliedsbuch Nr. 2762145, wegen unkollegialen Verhaltens

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

## Der Verbandsvorstand

Selbst in diesem kleinen Kreis Vorträge halten. Sie lernen das durch, die gehörten Vorträge schriftlich zu verarbeiten und sich gezwungen, sich viel mehr mit dem Stoff zu befassen.

Wir veranstalten ferner für unsere Funktionärinnen und Kolleginnen an Sonntagen Besichtigungen, die immer eine hohe Besucherzahl aufweisen. Da wird zum Beispiel besichtigt die Hygiene-Ausstellung unter Leitung einer Gewerbeärztin, das Fürsorgezöglingenheim, Altersheim, Kinderheime, Obdachlosenheime, städtische Bäder usw. Für die Kurzarbeiterinnen werden wochentags Besichtigungen festgesetzt. Wir bestreiten den Konsumverein, Zigarettenfabriken, chemische Werke, Maschinensfabrik, Gießerei, Teefabrikation u. dergl. mehr.

Auch unsere Wanderungen finden stets einen fröhlichen und guten Ausklang. Des Sonntags geht es hinaus mit dem Rucksack. Frische Waldluft tut not, um in der kommenden Woche wieder schuften zu können. Im Wald und auf der Wiese wird Rast gemacht, hierbei gibt es viel zu erzählen. Die Kolleginnen lernen sich dadurch näher kennen. Es wird gefragt: Wo bist du beschäftigt und was machst du? Ist es in eurem Betriebe einigermaßen erträglich? Wie sind die hygienischen Einrichtungen? Andere wieder erzählen von unseren Versammlungen und manche Kollegin wird dadurch für die Arbeit gewonnen.

Außer all diesen Veranstaltungen beteiligt sich auch eine Reihe von Kolleginnen an den Arbeitsrechtsschulen und den Frauenwochenendkursen der Betriebsratschule, die vierwöchentlich an einem Sonntagnachmittag von 16 bis 20 Uhr stattfinden. Wir hatten im Jahre 1930 69 Veranstaltungen mit 3476 Teilnehmerinnen. Darunter allein 26 Arbeiterinnenversammlungen, die in den Betrieben stattfanden. Mancher Betrieb ist dazu übergegangen, vierteljährlich eine Frauenversammlung, die von der Betriebsrätin oder Betriebsvertrauensperson geleitet wird, abzuhalten. Die Arbeiterinnen-Abteilung wurde im Jahre 1930 von 398 Kolleginnen aufgesucht, die in Fragen des Schwangerenschutzes, Akkordstreitigkeiten, Tarifwesen, Kurzarbeit usw. beraten wurden.

Zu wünschen wäre, daß die Notwendigkeit der Arbeiterinnenbewegung besonders von allen unseren Kollegen anerkannt wird. Manche unserer Verwaltungsstellen, die einen großen Teil weiblicher Mitglieder buchen, sollten einmal den Versuch unternehmen, für die Arbeiterinnenagitation etwas Besonderes zu tun. Allerdings nicht nur eine einmalige Zusammenkunft, sondern gründliche Schulungsarbeit ist vonnöten. Erfahrungsgemäß wird eine Agitation unter den Arbeiterinnen, wenn sie von Frau zu Frau stattfindet, immer von großem Nutzen für die Organisation sein. Susanne Pflugbeil, Dresden.

## Jubilare feiern

Am 1. August beging unsere Verwaltungsstelle in Meißen die Feier ihres 40jährigen Bestehens. Sie wurde von 18 Mitgliedern gegründet, von denen leider keins mehr am Leben ist. Mit dieser Feier fand die Ehrung von 72 Mitgliedern statt, die dem Verbands seit 25 Jahren angehören. Das Fest wurde durch Mitwirkung der Meißner Stadtkapelle, des Gesangsvereins „Freie Sänger“ und des Jugendsprechchors der Metallarbeiter verschönert. Die Festrede hielt der Kollege Toost vom Vorstand des DMV. Er schilderte die Entwicklung des Verbandes im allgemeinen und die der Meißner Verwaltungsstelle im besonderen. Deren Entfaltung sei ein Beispiel dafür, was rastlose Tätigkeit zu schaffen vermag. Der Ortsgruppe Meißen, die mit 18 Mann begonnen, gehören heute 4500 Mitglieder an, darunter 900 Frauen und 30 Jugendliche. Den Schluß des Festes bildeten Tanz und gemütliches Beisammensein.

Am 1. August feierte unsere Verwaltungsstelle in Meiningen ihr vierzigjähriges Bestehen. Damit verbunden war die Ehrung der Kollegen Dankert, Junghans, Oswald und Stedter, die dem Verband fünfundsiebenzig Jahre und länger die Treue gehalten haben. Von der Ortsverwaltung begrüßte Kollege Kraft die Jubilare und die, besonders aus den Ortsgruppen Hilburghausen und Veilsdorf, zahlreich erschienenen Mitglieder und deren Angehörige. Kollege Reichardt (Erfurt) überbrachte die Glückwünsche des Vorstandes und der Bezirksleitung und erinnerte an die schweren Kämpfe, unter denen der Verband heranwuchs zu seiner heutigen Bedeutung. Die Jugend aber solle sich an den Jubilaren ein Vorbild nehmen, ausharren und mitkämpfen, trotz aller Gefahren, die sich hindern in den Weg stellen. Den Dank der Jubilare brachte Kollege Oswald, der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle, zum Ausdruck. Musik und Tanz hielt die Teilnehmer noch einige Stunden fröhlich zusammen.

**Kontrolle**

**des freiwilligen Arbeitsdienstes**

Es ist noch nicht lange her, wo von den Gewerkschaften immer wieder der Nachweis gebracht werden mußte, daß die Arbeitsdienstpflicht nichts weiter ist als ein Mittel, die Jugend militärisch zu drillen. Aber es war mehr als eine gewollte Soldatenspielerlei ehemaliger Generäle. Es galt den Gewerkschaften die Jugend zu entreißen. Das war wohl der Grund, warum sich die Herren der Reaktion mit „einmal der Jugend so annahmen. Sie brauchten willige Arbeitskolonnen, die bei gewerkschaftlichen Kämpfen als Streikbrecher ins Feld geführt werden konnten. Mit der Arbeitsdienstpflicht sollten die Arbeiter niedergedrückt werden. Vor allen Dingen sollte die Jugend der Arbeiterklasse wieder unter die Fuchtel der ewig Gestrigen gebracht werden. Dazu bot die Arbeitsdienstpflicht ein willkommenes Gelegenheit.

Mit der Arbeitsdienstpflicht wurde es Essig, denn die Herren konnten den Gründen der Gewerkschaften nichts Stichhaltiges entgegensetzen. Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht mußte bei einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium, die am 12. Januar stattfand, abgelehnt werden. Das war ein Sieg der Gewerkschaften. Doch die Reaktion ruhte nicht. Sie kam bald mit einer neuen Lösung, dem freiwilligen Arbeitsdienst. Hier wird auf schlauere Weise versucht, der Arbeiterschaft ein Hemmnis in den Weg zu legen.

Was heißt bei den vielen, von jeglicher Unterstützung ausgeschlossenen Jugendlichen freiwillig? Werden sie nicht geradezu gezwungen, sich den Arbeitskolonnen anzuschließen, wenn sie nicht auf die Dauer ihren Eltern oder Verwandten zur Last fallen wollen? Wer kennt hier die psychologischen Schwierigkeiten, in die ein gewerkschaftlich organisierter Jugendlicher kommen muß, wenn er sich einer solchen Arbeitsgruppe zur Verfügung stellt? Um nur zu einer Beschäftigung zu gelangen, muß er Arbeiten verrichten, die auch nicht mehr sind als unter Tarif bezahlte Arbeiten. Ich denke dabei an Kanalbauten, die ganz gut bei ordnungsgemäßer Bezahlung ausgeführt werden können.

Was aber vor allen Dingen die Gewerkschaften kümmern mußte, das sind die Arbeitslager der Rechtsverbände, die sich den freiwilligen Arbeitsdienst zunutze gemacht haben. Hier wird offenbar unter dem Deckmantel des freiwilligen Arbeitsdienstes das durchzusetzen versucht, was ihnen bisher nicht gelungen ist. Die Rechtsverbände, allen voran der Bund „Artarman“, stellen ihre Mitglieder in den freiwilligen Arbeitsdienst, um somit das dafür von der Reichsanstalt ausgegebene Geld zu erlangen. Überall wachsen die Arbeitskolonnen wie Pilze aus dem Boden. Diese reichszerstörenden Organisationen lassen sich über dem Umweg des freiwilligen Arbeitsdienstes ihre Bewegung von den Steuerzahlern finanzieren. Jetzt soll aus öffentlichen Mitteln Arbeitskolonnen, die auf den Gütern die Landarbeiter verdrängen, ermöglicht werden, billige Arbeitskräfte heranzuzüchten, die als Lohnrückrücker Verwendung finden werden. Einige Beispiele sollen das beleuchten.

Auf dem Gute Lindenhof (Strandbad Bredenbecker Teich) bei Hoisbüttel besteht seit Jahren eine Artam-Gruppe. Neuerdings ist auf dem Gut Hoisbüttel eine weitere Gruppe untergebracht worden. Was macht sie dort? Sie macht landwirtschaftliche Arbeiter, die seit Jahrzehnten in der Landwirtschaft gearbeitet haben, brotlos. Auch auf dem Gute Lindenhof sind die Arbeiter durch die Artam-Leute verdrängt worden. Im Strandbad Bredenbecker Teich treten die Artam-Leute außerdem als Lohnrückrücker auf. Sie leisten Tiefbauarbeiten zu landwirtschaftlichen Löhnen. Überall, wo sie in der Landwirtschaft auftauchen, verdrängen sie (nicht, wie sie vorgeben, polnische Wanderarbeiter, sondern) einheimische deutsche Landarbeiterfamilien.

Hier müssen die Gewerkschaften auf der Hut sein. Sie müssen eine wirksame Kontrolle über die Verwendung der Mittel verlangen und selbst die Kontrolle mit ausüben. Schließlich sind es doch in erster Linie Gelder der Arbeiter, die dafür Verwendung finden. Den Gewerkschaften muß das Recht eingeräumt werden, über die Mittel mit zu verfügen, die hier in diesen Fällen an Verbände gegeben werden, die die Aufgabe haben, die Jugend im monarchistischen Geist zu erziehen.  
H. Schneider.

**Das westdeutsche Industriegebiet**

Die Industrialisierung Deutschlands kommt nirgends so packend zum Ausdruck als im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Von den im Deutschen Reich im Jahre 1929 zur Industrieabgabe veranlagten 208 751 Betrieben mit 49 Milliarden Mark Betriebsvermögen entfallen auf dieses Gebiet 42 072 Betriebe mit 10,6 Milliarden Mark Betriebsvermögen oder 20,3 vH aller deutschen Betriebe und 22,1 vH des Vermögens dieser Betriebe.

Die Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgebiets macht nur 19,6 vH der gesamten deutschen Bevölkerung aus. Während auf je 100 000 Einwohner in Deutschland 332 Betriebe mit 76,9 Millionen Mark Betriebsvermögen entfallen, sind es in Rheinland und Westfalen 344 Betriebe mit 86,8 Millionen, 76 vH der Betriebe im Industriebezirk haben ein Vermögen von 20 000 bis 100 000 M., aber ihr Gesamtvermögen macht nur 12 vH von dem gesamten Betriebsvermögen aus. In der Gruppe von 500 000 bis 5 Millionen Mark befinden sich 5 vH der Betriebe mit 27 vH des Betriebsvermögens. Über 5 Millionen Betriebsvermögen haben nur 1 vH der Betriebe, die aber nicht weniger als 46 vH des gesamten rheinisch-westfälischen Betriebsvermögens umfassen.

Nach Rechtsformen geordnet ergibt sich folgendes Bild: von den 42 072 Betrieben sind 1559 Aktiengesellschaften, 4262 GmbH, 34 310 Personalunternehmungen und 1941 Genossenschaften. Die Aktiengesellschaften machen nur 3,7 vH der Betriebe aus, weisen aber ein Vermögen von 4895 Millionen oder 46,1 vH des gesamten rheinisch-westfälischen Betriebsvermögens auf. Die GmbH umfassen 10,1 vH der Betriebe, 11,5 vH des Betriebsvermögens. Fast ein Fünftel, nämlich 19,7 vH der sämtlichen deutschen Industriebetriebe, und fast ein Viertel (24,9 vH) ihres Vermögens entfallen auf die Provinzen Rheinland und Westfalen.

Die industriellen Betriebe dieser Provinzen stellen auf 18 612 mit einem Betriebsvermögen von rund 8 Milliarden Mark. Das sind 44,2 vH der Betriebe und 75,1 vH des Betriebsvermögens der rheinisch-westfälischen Gesamtwirtschaft.

Man ersieht hieraus, daß wir es hier mit einem hochindustriellen Wirtschaftsgebiet zu tun haben, wie es nur wenige in der Welt gibt. Unter der industriellen Produktion steht naturgemäß der Bergbau und die Eisen- und Metallindustrie obenan. Aber auch die Kleinisenindustrie, die Maschinenindustrie, die Textilindustrie, die chemische Industrie, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Warenhandel, die Schifffahrt, das Verkehrsgewerbe und die Banken sind in Rheinland und Westfalen stärker vertreten als in den übrigen Gebieten Deutschlands von dieser Größe.

Ein riesiges Arbeiterheer ist dort zusammengeballt, wo ein Wald von Schloten gen Himmel ragt, die Erde von Titanenbräuten erschüttert wird, wo unter der Erdoberfläche sich ein Netz von Straßen und Stollen meilenweit erstreckt und mächtige Feuergerben den Himmel rötet. Hier treten auch die Gegenkräfte zwischen Kapital und Arbeit am schärfsten zutage. Dies ist allerdings kein Wunder.

**Mißwirtschaft in Polen**

Nachdem der Regierungsblock, der dem faschistischen Kurs Pilsudskis blindlings folgt, durch die terroristischen Wahlen zum Sejm und Senat zur unumschränkten Macht gelangt ist, gleitet auch die Wirtschaft immer mehr dem Abgrund zu. Statt die Wirtschaft zur Stärkung der Kaufkraft emporzuführen, quacksalbern die Unternehmer am kranken Wirtschaftskörper roh herum. Sie haben es glücklich soweit gebracht, daß das Land nunmehr am Rande des Ruins angelangt ist. Sie haben auch am Wohlstand des Landes um so weniger Interesse, als sie ja meist landfremd sind und den Kreisen des ausländischen Großkapitals angehören. Handel und Gewerbe halten sich nur mit Wechselkrediten über Wasser, wobei Hunderttausende von Wechseln zu Protest gehen.

Nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft, die wirtschaftliche Grundlage des Landes, vegetiert auf dem toten Punkt. Ein düsteres Spiegelbild davon gibt beispielsweise der Aprilbericht der Wirtschaftlichen Landesbank. Doch ihre Schilderung wird von der Tatsächlichkeit noch übertroffen. Entlassungen, Lohnkürzungen, Streiks, Aussperrungen, Betriebs einschränkungen und Stilllegungen sind an der Tagesordnung. Um die sich türmenden Schwierigkeiten zu meistern, kurbeln Unternehmer und Regierung die Wirtschaft am verkehrten Ende an: durch Lohn- und Gehaltsabbau. Die deutsche Lohnbaupolitik ist den polnischen Unternehmern höchst willkommen. Sie beeilten sich, Stegerwalds Evangelium in die Tat umzusetzen. Ein geringer Rückgang der Lebensmittelpreise gab ihnen die Begründung mit dem ebenfalls deutschen Kehrreim, die Soziallasten seien nicht mehr tragbar. Sie eröffneten den Angriff gegen die „hohen Löhne“ und gegen die Sozialgesetze. Ihre Forderungen nach Abbau der schon sprichwörtlich elenden Löhne bewegten sich zwischen 10 und 25 vH, teilweise sogar darüber. Im allgemeinen hatten sie damit wenig Erfolg, aber in manchen Gewerben und Betrieben mit schwach organisierter Arbeiterschaft gelang es ihnen doch, die Löhne um 5 bis 10 vH herabzudrücken. Die Folge dieser Lohnraubpolitik sind zahlreiche Teilstreiks, besonders in der Metall-, Bergbau- und Textilindustrie.

Dessenungeachtet ist die Regierung im Begriff, die Sozialleistungen abzubauen. Nachdem es ihr gelang, die Selbstverwaltung der freigewerkschaftlich geleiteten Krankenkassen zu zerschlagen und die Arbeitslosenunterstützung etappenweise zu drosseln, hat sie ihre Bezugdauer von 17 auf 13 Wochen herabgesetzt. Dieserhalb ist es schon zu schweren Unruhen gekommen. Nach deutschem Muster sollen auch Krankenscheine und Rezepte besteuert werden. Das Lohn Einkommen erfährt zugunsten der Arbeitslosen eine zusätzliche Besteuerung von 10 vH. Einen 15 vH betragenden Gehaltsabbau mußten sich die Beamten gefallen lassen, versteht sich mit Ausnahme der militärischen, denn an „unsere herrliche Armee“ darf man nicht tippen.

Die Lage der Metallarbeiter verschlechtert sich ebenfalls von Tag zu Tag. Die Maßnahmen des Metall-

arbeiterverbandes sind vorläufig auf die Abwehr der immer wieder einsetzenden Angriffe des mächtigen Gegners eingestellt. Im allgemeinen ist es bisher gelungen, die Verschlechterungen einigermaßen abzuwehren. Die Werksbesitzer, meist landfremde Ausbeuter, würden nicht so dreist auftreten können, wenn sie nicht die offene oder versteckte Hilfe der Regierung fänden.

In der letzten Zeit ist ein neuer Stern am kapitalistischen Himmel aufgetaucht: Herr Flick, der den seligen Stinnes an spekulativen Fähigkeiten noch übertrifft. Bis jetzt hat er drei Viertel der polnischen Eisen- und Stahlindustrie seinem Machtbereich einverleibt, ebenso den fünften Teil der Bergbauindustrie. Dadurch hat er diktatorischen Einfluß auf Polens gesamte Schwerindustrie gewonnen.

Flick war noch vor wenigen Jahren ein wenig bekannter Direktor der Charlottenhütte im Siegerland. Während der Inflation begann er mit schwerindustriellen Aktien zu handeln. Sein Schweineglück brachte ihm entscheidenden Einfluß auf den Riesen trust der Vereinigten Stahlwerke, dann auf die Mitteldeutschen Stahlwerke und die deutsch-oberschlesische Eisen- und Stahlindustrie. Jetzt hat er noch die Schwerindustrie in Polnisch-Oberschlesien geschluckt. Im politischen Geschäft ist er stiller Teilhaber der Firma Hugenberg. Dort arbeitet er vorläufig mit hohen Zuschüssen, denn er ist es, der zum beträchtlichen Teil die Hitler-Bewegung finanziert.

Während die Arbeiter (auch die beschäftigten!) hungern und die Kosten der kapitalistischen Mißwirtschaft tragen müssen, stecken die Unternehmer trotz der Wirtschaftskrise ganz ansehnliche Profite ein. Um nur wenige Beispiele aus 1930 zu nennen: Königs- und Laura hütte 17 Mill. Zloty, Maschinenfabrik Lilpop, Rau und Löwenstein in Warschau 1,5 Mill., Garnfabrik in Chodorow 1,347 Mill., Hutfabrik in Tschenstochau 1,03 Mill., Telephon-AG 4,806 Mill. Gegenüber den Jammerlöhnen der Arbeiter erhalten Direktoren und sonstige höhere Werksbeamte unheimlich hohe Gehälter, die monatlich bis zu 100 000 Zloty gehen. Diese Summe erhält beispielsweise der Generaldirektor Lewalski von der Friedenshütte. Davon könnten 300 Arbeiterfamilien Monat für Monat leben. Fette Direktorengelälter zählt auch die Textilindustrie in Lodz, der „verfluchten Stadt“ mit dem unbeschreiblichen Textilarbeiterelend. Eine Fabrik zählt nämlich ihren 10 Direktoren 610 000 Zloty monatlich, den 1150 Arbeitern aber nur 1 780 000. In einer anderen Fabrik erhalten 9 Direktoren 1 975 000 Zloty, 2800 Arbeiter aber nur 5 027 000; hier bezieht ein Direktor 153 mal mehr als ein Arbeiter.

Die in Polen regierenden Faschisten haben das Land den kapitalistischen Haifischen restlos ausgeliefert. Profitjäger, wie Harriman, Kreuger, Schneider-Creuzot, Flick, Hohenlohe, Pleß und Donnersmarck werden auch weiterhin dafür sorgen, daß dem gemeinigten Volke das Fell über die Ohren gezogen wird. Victor Kalinowski.

**Ein Viertel der französischen Industriearbeiter Ausländer**

Noch immer nimmt Frankreich hinsichtlich seines Beschäftigungsgrades eine Ausnahmestellung ein. Zwar besitzt Frankreich seit Beginn dieses Jahres ebenfalls Arbeitslose, deren Zahl nach den Angaben der französischen Regierung rund 350 000 ausmacht, zu denen noch etwa 1 Million Kurzarbeiter hinzukommen. Bei einer Bevölkerung von 40 Millionen und einem Arbeitsherr von 8 Millionen ist trotzdem die Zahl der französischen Arbeitslosen auch nicht annähernd so groß wie anderwärts. Zudem kann vorläufig Frankreich seine Arbeitslosigkeit auf die zahlreichen ausländischen Arbeiter abwälzen, die in den letzten Jahren nach Frankreich einwanderten. Gegenwärtig werden vielfach diese ausländischen Arbeiter abgebaut, um französischen Arbeitslosen Platz zu machen.

In einem bemerkenswerten Bericht von Dr. Rager (Reichsarbeitsblatt Nr. 19) über die Arbeitsverhältnisse in Frankreich werden die Verhältnisse dieser ausländischen Arbeiter geschildert. Rager schätzt die Zahl der ausländischen Industriearbeiter, die gegenwärtig noch in französischen Unternehmungen arbeiten, auf etwa 2½ Millionen (nach einer anderen Schätzung sogar 5 Millionen). Mindestens 25 vH aller in der französischen Industrie beschäftigten Arbeiter wären demnach Ausländer. Nach der letzten Volkszählung von 1926 waren von den 2,4 Millionen Ausländern, die damals gezählt wurden, 760 000 Italiener, 326 000 Belgier, 322 000 Spanier, 309 000 Polen, 69 000 Reichsdeutsche und 5200 Österreicher.

Die Anwerbung der ausländischen Arbeiter erfolgt entweder durch Anwerbung, indem die französischen Unternehmer Anwerber in das betreffende Auswandererland senden, oder durch Anforderung bei einer von der französischen Schwerindustrie begründeten Vermittlungsstelle in Paris, der „Société Générale d'Immigration“. Ausländer, die in Frankreich arbeiten wollen, müssen von der Regierung eine Identitätskarte ausgestellt erhalten, ohne die kein französischer Unternehmer einen ausländischen Arbeiter einstellen darf. Für die Arbeitsverhältnisse der ausländischen Arbeiter ist entscheidend ein Musterarbeitsvertrag, der für die meisten ausländischen Nationen eingeführt ist. Dieser Vertrag enthält Bestimmungen über die Dauer des Vertrages und der Arbeitszeit, über die Reisekosten und vor allem die Garantie, daß dem Ausländer für dieselbe Arbeit derselbe Lohn wie dem inländischen Arbeiter zu zahlen ist.

Allerdings wird in der Praxis diese Gleichstellung nicht erreicht. Abgesehen davon, daß die Unkenntnis der Umgangssprache, die Unkenntnis der ganzen Lebensgewohnheiten den Ausländer bereits schlechter stellt, bringt auch das sehr eigentümliche und verwickelte französische Lohnsystem Schädigungen für den Ausländer mit sich. Der französische Lohn setzt sich in der Regel aus einem Grundlohn, Teuerungszuschlägen, Leistungszulagen und Familien- und Kinderzulagen zusammen. Letztere zahlt nicht der Unternehmer, sondern eine Kasse, in die alle Unternehmer gemeinsam entsprechend der Belegschaftszahlen ihrer Betriebe einzahlen. Die Familienzuschläge werden aber nur für gemeinschaftlich mit dem Familienerhalter lebende Familienmitglieder bezahlt, so daß der ausländische Arbeiter, dessen Familie meist im Ausland zurückbleibt, diese Zuschläge nicht erhält.

Für den französischen Arbeiter dürfte sich ein tatsächliches Mehr an Wochenlohn von etwa 20 bis 25 Fr. ergeben. Vor allem ist aber die französische Lohnhöhe, gemessen an der Lohnhöhe der anderen großen Industrieländer, niedrig. Setzt man die Reallohne in Großbritannien gleich Hundert, so ergibt sich Ende 1930 für die Reallohne der Vereinigten Staaten eine Indexziffer von 197, für Deutschland von 77, für Frankreich

von 59, für Österreich von 53 und für Italien von 51. Auch der sozialpolitische Schutz ist gegenüber Deutschland geringer. Seit dem 1. Juli 1930 besteht zwar auch in Frankreich ein allgemeines Versicherungsgesetz, das alle Arbeiter und Angestellten gegen Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Tod und Mutterschaft versichert, doch sind die Leistungen insbesondere in der Krankenversicherung geringer als in Deutschland. Zudem kennt Frankreich nur in seltenen Fällen eine gesetzliche Betriebsvertretung. Der Achtstundentag kann durch Überstunden, von denen bis zu 300 im Jahr geleistet werden können, durchbrochen werden. Die französische Schiedsgerichtsbarkeit für Arbeitsstreitigkeiten ist dagegen gut ausgebildet, auch soll nach den vorliegenden Berichten die Praxis dieser paritätisch zusammengesetzten Arbeitsgerichte sozialen Rücksichten nicht abgeneigt sein.

**Zahlen des Grauens**

Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamtes wurden im Jahre 1928 16 036 Selbstmörder im Deutschen Reich gezählt; dem entspricht ein Tagesdurchschnitt von rund 44 Selbstmorden. Unter den Selbstmördern befanden sich 12 239 männliche und 797 weibliche Personen. Eine Vergleichsmöglichkeit bieten die Ziffern der verschiedenen Länder. Es entfielen auf 100 000 Einwohner in Großbritannien 12, in Frankreich 16, in den Vereinigten Staaten 13 und in Deutschland 39 Selbstmorde. Diese Zahlen beziehen sich auf 1928. Wie stehts aber mit den Selbstmorden vom Jahre 1930? Sie sind uns noch nicht zu Gesicht gekommen. Verdächtig, höchst verdächtig. Schämt man sich, die Zahl der Selbstmörder zu veröffentlichen? Von Berlin allein bringt der Berliner Lokal-Anzeiger Angaben. Danach sind in der Hauptstadt im Jahre 1930 1827 Menschen freiwillig aus dem Leben geschieden. Das sind 25 vH mehr als im Jahre 1929. Im selben Jahre wurden in Berlin rund 30 000 Einbruchdiebstähle gebucht. Also: 5 Selbstmorde und 810 Diebstähle durchschnittlich an einem einzigen Tag in Berlin allein.

**Dokumente aus der „Großen Zeit“**

Reichsarchiv: „Der Herbstfeldzug 1914“, Seite 181:  
„Um 5 Uhr morgens am 24. November war man zwischen Maltschew und dem Südwestrande von Brzesiny. In Schützenlinie ging die Vorhut mit ungeladenen Gewehren weiter. Eine russische Außenwache wurde überwältigt, dann drang die preußische Garde in den schlafenden Ort ein. Ehe sich der Gegner wirksam zur Wehr setzen konnte, war der Hauptteil des Städtchens genommen.“

„Das Buch vom Großen Kriege“. Von Generalleutnant Baron von Ardenne und Dr. Hans Helmolt. 1. Band, Seite 83:  
„Der Marsch begann auf einer Nebenstraße, die in der Richtung auf Brzesiny führte. In bitterkalter Nacht wurde Galkow erreicht. Es war vollgepfropft mit schlafenden Russen, die lautlos gefangen und mitgeschleppt wurden. . . Malzew verfiel dem gleichen Schicksal wie Galkow. Die Russen hatten auch hier und vor Brzesiny keine Vorposten ausgesetzt. Fünf Kilometer vor der Stadt wurden die Bataillone aus der Marschkolonnen zum Gefecht entwickelt. Ein russischer Sicherheitsposten am Stadteingang wurde geräuschlos erledigt. Ebenso, ohne jeden Lärm, stürzte sich die deutsche Infanterie nun in die Häuser. Dort spielten sich grausige Auftritte nütgedrängener Vernichtung ab.“

# Verwertung von Erfindungen

Der Mann an der Maschine oder am Schraubstock hat, wenn er seine Arbeit mit offenen Augen und wachen Sinnen betreibt, oft einen guten Gedanken, wie dieses Werkzeug oder jener Maschinenteil sich verbessern ließe, oder auch welches neue Produkt man herstellen könnte. Die Idee wird sorgfältig nach allen Richtungen hin durchdacht, und eines Tages ist eine neue Erfindung geboren. Ganz natürlich geht nun das Trachten des Erfinders dahin, sein Geistesprodukt zu verwerten, einen möglichst großen Nutzen daraus zu ziehen. Er kratzt also die letzten Groschen zusammen und meldet mit Hilfe eines Patentbüros je nach Lage der Sache ein Patent oder einen Gebrauchsmusterschutz an. Dieser gesetzliche Schutz ist unbedingt nötig, denn ohne ihn ist auch die beste Erfindung für ihren Urheber wirtschaftlich so gut wie wertlos, da sie vogelfrei ist und jedem ihre Ausbeutung offensteht.

Auf die Voraussetzungen, den Weg und die Kosten des Patent- oder Musterschutzes einzugehen, ist nicht Aufgabe dieser Zeilen, darüber unterrichtet jedes Patentbüro eingehend und unentgeltlich. Hier handelt es sich um die Verwertung der geschützten Erfindung, und dabei macht der „kleine Mann“ oft schwerwiegende Fehler.

Man kann beobachten, daß die meisten Erfinder ihre Schöpfung überschätzen. Sie sind überzeugt, daß das, was sie geschaffen haben, den wichtigsten Erfindungen aller Zeiten zuzurechnen sei und nun unbedingt ein Vermögen bringen müsse. Wenn dann die Antwort auf eine hochgeschraubte Forderung nur ein Lächeln und Achselzucken ist, weil der die Lage überschauende Fabrikant ohne weiteres erkennt, daß solche Summen aus der Sache nie herauszuholen sind, dann lächelt auch der Erfinder und zuckt die Achseln und denkt: Aha, du dachtest wohl, du könntest mich so recht schön einseifen? Da muß schon ein anderer kommen. Aber die anderen rechnen genau so, und der Erfinder hat zwar seinen Erfindertolz und die Kosten, aber keine Einnahmen aus seinem Werke.

Gewiß gibt es umwälzende Erfindungen, zu deren Ausbeutung im Handumdrehen eine Gesellschaft mit großem Kapital gegründet wird, die in der Lage ist, für das Patent einen hohen Betrag in bar oder Aktien des Unternehmens zu zahlen. Das sind aber sehr, sehr seltene Ausnahmen. Die Regel ist, daß der Käufer mit der Erwerbung des Patents ein Risiko eingeht, denn oft kommt es vor, daß gegenüber Neuheiten das Publikum sich ablehnend verhält. Überlegt man ferner, daß zur Herstellung neuer Gegenstände oft erst neue Maschinen konstruiert und gebaut werden müssen, daß zur Einführung von Massenartikeln meist eine kostspielige Reklame aufgezogen werden muß, die der Masse erst die Überzeugung beibringt, daß die neue Sache „für jeden unentbehrlich“ sei, dann wird man verstehen, daß der Fabrikant nicht gewillt ist, für das noch unbewährte Patent auf Risiko eine größere Summe zu zahlen.

Ja, soll denn nun der Erfinder sich mit einem Butterbrot abspesen lassen und zusehen, wie der andere sich vielleicht an seiner Erfindung „gesund macht“? Oder soll er seine Erfindung selbst verwerten?

Zur Beantwortung der letzteren Frage muß man in Betracht ziehen, daß der einfache Arbeiter, für den diese Zeilen bestimmt sind, wohl nur selten das zur Ausbeutung der Erfindung notwendige Kapital besitzt. Die Hereinnahme fremden Kapitals ist aber für den geschäftungsgewandten Arbeiter wenig ratsam; er würde dabei wohl schwerlich Seide spinnen. Der Erfinder hat aber auch nicht nötig, sein erworbenes Schutzrecht zu verschleudern. Er soll es gar nicht verkaufen, sondern nur Lizenzen abgeben.

Was ist eine Lizenz? In unserem Falle die Erlaubnis, gegen Erlegung einer festgesetzten Vergütung den Gegenstand einer geschützten Erfindung herstellen, verkaufen oder benutzen zu dürfen. Die Höhe der Vergütung richtet sich nach der Art der Lizenzbedingungen und nach der Art der Erfindung. Es kann festgesetzt werden, daß der Lizenznehmer für jedes Stück des Erfindungsgegenstandes einen bestimmten Betrag vom Herstellungs- oder Verkaufspreis, zum Beispiel 10 vH, an den Schutzhhaber entrichtet. Es kann aber auch ausgemacht werden, daß der Lizenznehmer für das Jahr Fabrikationserlaubnis eine bestimmte Summe bezahlt, gleichviel wieviel Stück er jährlich fabriziert.

Das sind natürlich nur Beispiele der üblichsten Arten der Lizenzübertragung, sie können miteinander verbunden und in der verschiedensten Weise abgeändert, den jeweils bestehenden Verhältnissen angepaßt werden. Eine einfache Überlegung zeigt, daß hier der Weg gegeben ist, auf dem zwar für den Erfinder nicht sofort die dicke Zigarre des Rentiers erreichbar ist, der ihn aber zu einer sicheren, dem wirtschaftlichen Werte seiner Erfindung entsprechenden Rente führt. Teilen wir zum Beispiel das Deutsche Reich in vier Bezirke, etwa Mittel-, Nord-, Süd- und Westdeutschland und vergeben für diese Bezirke vier Lizenzen, deren jede 1000 M das Jahr bringt, dann ist das eine Jahresrente von 4000 M. Bedenkt man nun, daß ein Gebrauchsmuster sechs Jahre, ein Patent aber achtzehn Jahre läuft, so kommen Summen heraus, die bei Barverkauf des Schutzrechts nie zu erzielen wären. Der Lizenzverkauf kann aber auch steigend gestaltet werden, vorausgesetzt, daß die Sache an sich gut ist. Haben nämlich die Lizenznehmer in der ersten Zeit den Gegenstand durch geschickte Propaganda gut eingeführt, so daß ein erhöhter Umsatz zu erwarten ist, dann wird es nicht schwer fallen, für die weiteren Lizenzjahre die Gebühr zu erhöhen.

Aus vorstehendem ist also ersichtlich, daß besonders für kleinere Erfindungen die Verwertung durch Lizenzverkauf der sicherste Weg ist. Es ist aber ratsam, sich der Vermittlung eines Fachbüros zu bedienen; der Erfinder muß zwar einen geringen Teil seines Gewinns abgeben, sichert sich aber vor Übervorteilung. F. E. Blumenthal.

## Rauchbeseitigung an den Schmiedefeuern

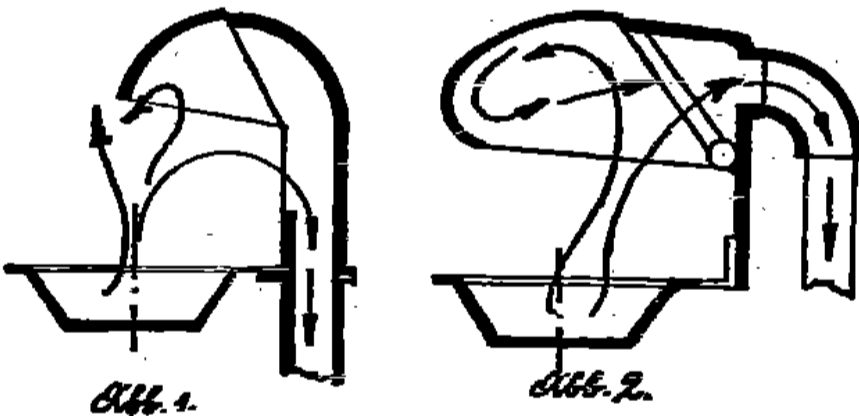
Praktische Erfahrung, unterstützt durch wissenschaftliche Untersuchung, hat schon lange den Nachweis erbracht, daß die beim Schmieden durch die Verbrennung der Kohlen entstehenden Rauchgase einen schädlichen, lähmenden Einfluß auf das gesamte Nerven- und Muskelsystem des Menschen ausüben. Sehr verwunderlich ist es deshalb, daß trotz dieses Wissens in vielen Betrieben die Rauchbeseitigungsfrage eine ganz untergeordnete Bedeutung hat. Es wäre sonst nicht denkbar, daß in vielen Fällen auf dem offenen, mit Kohlen gefeuerten Schmiedeherd ein einfacher, aus einigen Blechplatten gefertigter Rauchfang mit angeslossenem Blechkamin die ganze Rauchbeseitigungsanlage darstellt. Jeder Fachmann weiß, daß bei etwas ungünstigem Winde dieser in den Kamin bläst und anstelle den Rauch abzusaugen, ihn in die Werkstatt drückt und den Arbeitsraum verqualmt.

Einwandfreie Rauchbeseitigung ist nur durch künstliche Absaugung und Wegbeförderung bei jeder Witterung möglich. Dieser Erkenntnis folgend, bemühen sich die Gewerbeaufsichtsämter, in Werkstätten, die noch keine Rauchabzugsanlage besitzen, mit Nachdruck den Einbau zu verwicklichen. Pioniere auf diesem Gebiete waren die Amerikaner, die als erste Rauchabzugsanlagen bauten und in Dienst stellten. Eigentümlicherweise waren diese amerikanischen Anlagen so wenig zweckentsprechend ausgeführt, daß man sich verwundert muß, wie bei der bekannten amerikanischen Großzügigkeit etwas derartiges auf den Markt kommen konnte. Trotzdem diente dieses Vorbild lange Zeit als Muster und wurde auch in Deutschland nachgebaut.

Es kamte jedoch bei der deutschen Gründlichkeit nicht ausbleiben, daß die mangelhafte Ausführung bald in ihrem Werte erkannt wurde. Das Streben nach einem besseren Wirkungsgrade setzte ein.

Es dürfte bekannt sein, daß eine künstliche Rauchabzugsanlage für Schmiedegase aus einem Spezial-Rauchexhaustor, den erforderlichen Leitungsrohren und der über dem Herd angebrachten Rauchhaube besteht. Von den guten Eigenschaften dieser Rauchhaube hängt in hohem Maße das einwandfreie

Funktionieren der ganzen Anlage ab. Die Haube soll zunächst einen möglichst großen Fassungsvermögen besitzen, um starke Rauchwolken zeitlich solange festzuhalten, bis der Saugzug des Exhaustors diese schlucken kann. Die bisher gebräuchlichen Haubenformen kränken an einem Fehler. Alle waren so gebaut, daß die Rauchgase etwa 10 cm über der Entstehungsstelle, also über dem Kohlenhaufen, einen direkten Richtungswechsel nach unten vornehmen mußten. Um diesen Vorgang restlos zu bewerkstelligen, müßte ein starker Saugzug ständig erzeugt werden. Das bedingt wiederum einen großen Exhaustor mit starkem



Kraftverbrauch. In der Abb. 1 ist eine dieser Hauben skizziert, aus der der kraftverzehrende Rauchweg erkenntlich ist.

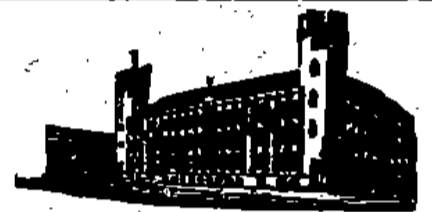
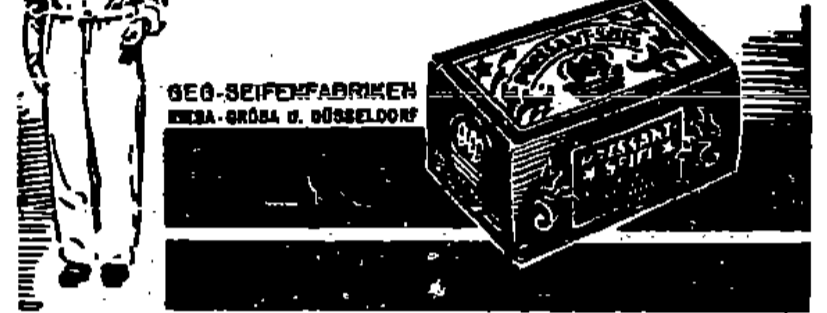
Für den Praktiker ist es ohne weiteres klar, daß eine derartige Rauchführung fehlerhaft ist. Die Rauchwolken besitzen eine natürliche Auftriebsquelle, streben nach oben, und dieses Streben wird noch von dem Gebläsewind der Schmiedeformen wirksam unterstützt. Wenn nun dieser natürliche Auftrieb von dem Saugzug überwunden werden soll, gilt es, diesen so stark anzuhilfen, daß die Wirtschaftlichkeit der Anlage darunter leidet. Einige Firmen versuchten diesen Mißstand zu beseitigen. So entstand, gestützt auf praktische Versuche, eine ganz neue,

durch Reichpatent geschützte Haubenform, die als die allen Anforderungen gerecht werdende Haubenform angesprochen werden kann. In der Abb. 2 ist diese Haube im Schnitt skizziert, und die Rauchbewegung innerhalb dieser eingezeichnet. Die Abzugsöffnung ist hierbei nicht unten, sondern oben angeordnet. Die Rauchgase folgen der natürlichen Auftriebsbewegung und können, teilweise entspannt, bei mäßigem Saugzug abwandern.

Beachtenswert ist die Ausbildung und Formung der Blechkappe. Weitausladend umfaßt sie den Qualmbereich der Schmiedeform. Bei plötzlicher Rauchentwicklung, nach dem Aufschütten frischer Schmiedekohlen stets eintretend, ist sie imstande, verhältnismäßig große Mengen in sich aufzunehmen und durch die eigenartige Formgebung wieder dem Saugstrom zuzuführen. Die Rauchgase können die Haube nicht seitlich verlassen. Theo Kaminski.

**Kennen Sie schon**  
die ideale Reinigungshilfe?

**GEG-PRESSANTSEIFE**  
reinigt alle schmierige Berufskleidung  
und säubert auch die Hände mühelos.  
GEG-Pressantseife aus dem  
**KONSUMVEREIN**  
wird auch Ihren Beifall finden!



## Josef Witt, Weiden-Oberpf.

Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eig. Webwaren-Fabriken und eig. Ausrüstungswerk.

- 2 500** Arbeiter und Angestellte,
- 31 472** Spindeln in eigener Spinnerei,
- 1 600** mechanische Webstühle in eigenen Webereien
- 700** Eisenbahn-Waggonladungen  
**Webwaren**  
sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen!
- 900 000** Nachbestellungen  
auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt
- Der natürlichste Beweis der Güte u. Billigkeit

Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Bei Bestellung v 15,— Mk. an erhalten Sie auf diese Preise  
**noch 5 Prozent Rabatt**

Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch eine brauchbare Schlafdecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern

	Preise per Meter	Breite	Mk.
<b>Weisses Hemdentuch,</b>	etwas leichte Gebrauchsware	70 cm per mtr	<b>0,20</b>
<b>Weisses Hemdentuch,</b>	sehr gute, mittelstarkfäd., dicht geschlossene Sorte	80 cm per mtr	<b>0,36</b>
<b>Vorhangstoff,</b>	soq. Gardinen, aus feinen Garnen mit echt indanthrenfarbig, schönen Streifenmustern	70 cm per mtr	<b>0,18</b>
<b>Handtücher,</b>	schwere Strapazierqualität	40 cm per mtr	<b>0,28</b>
<b>Baumwolltuch,</b>	ungebleicht, mittelfeinläufig, haltbare Sorte	78 cm per mtr	<b>0,28</b>
<b>Baumwolltuch,</b>	ungebleicht, starke, fast unverwundliche Qualität	78 cm per mtr	<b>0,38</b>
<b>Hemdenflanell,</b>	gute, haltbare, reisefeste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift	70 cm per mtr	<b>0,30</b>
<b>Hemdenflanell,</b>	echt indanthrenfarbig gestreift, ausserordentlich haltbare, fast unzerstörbare kräftige Qual., fast unverwundl. im Gebrauch	75 cm per mtr	<b>0,40</b>
<b>Weisses Makotuch,</b>	feinläd., sehr dicht gew., garantiert echt ägyptisch, für besonders feine Hemden u. Wäschestücke	80 cm per mtr	<b>0,50</b>
<b>Stuhltuch,</b>	geschlossenes, starke Qualität, für bessere strapazierbare Betttücher	150 cm per mtr	<b>1,15</b>
<b>Frottiertuch,</b>	aus gutem Kräuselstoff, mit schön, eingewebt. Mustern	Größe 45x100 cm per Stück	<b>0,70</b>
<b>Damentaschentücher,</b>	weiss m. Hoblsaum, feinläufige, gute, sehr beliebte Qualität	30x30 cm per 1/2 Dutzend	<b>0,70</b>
<b>Wischtücher,</b>	gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar	45x45 cm per 1/2 Dutzend	<b>0,70</b>

**Ungeheuer vorteilhaft!**

**Weisses Hemdentuch,** mittelstarkfäd. geschloss., vorzögl. Qualität für sehr solide, besonders haltbare Wäschestücke. Weil dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche stüt leichter, noch dichter, 80 cm breit. Ausnahmepreis per mtr. nur

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter- od. Stückzahl

Abgabe von jedem Artikel bei 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von 10,— Mk. an, portofreie Lieferung von 20,— Mk. an

Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, dass Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten aussergewöhnlich günstig erhalten haben

**Josef Witt, Weiden 84 Oberpf.**  
Webwaren — Fabrikation — Ausrüstung — Versand

**Großer Preisablass! Billige Böhmische Bettfedern!**  
1 Pfund ganz, gute, geschlossene Bettfedern 20 Pf. bessere Qualität 30 Pf. Schlafweiche, Saunage: 1 M 20; weiße, Saunage, geschlossene 1 M 30, 1 M 30, 2 M 30, beste, geschlossene Schlafweiche Herenschlafweiche 3 M, 4 M, 5 M. Kopf- federn, ungeschlossene, mit Flaum ganz, halbwoll 1 M 15, weiß 2 M 25, alterlicher Flaum 3 M 25, 4 M 25. Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge. Zahlung gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an franko. Nichtsendend wird umsonst oder Geld zurück. S. BERTSCH in PRAG XL, AMERKA ULICE NR. 809, BÖHMEN.

**Schlösser, Anker!**  
Wir können Sie bei allen...  
**Kollegen!**  
Lest die Betriebsrät-Zeitschrift

**Tuche**  
Lest die Betriebsrät-Zeitschrift  
Verlag, Schönbühl-Verlag  
Ludwigstr. 114  
München

**Gegen Ihren Handgeruch**  
Dieses Mittel...  
Handgeruch...  
Mittel...  
Handgeruch...

**Kauft nur bei Inserenten unseres Blattes!**

**Kropf**  
Kropf...  
Schwellung, Kloß...  
Kropf...  
Schwellung, Kloß...  
Kropf...  
Schwellung, Kloß...

**Blaue Arbeitsanzüge**  
aus schwarz. Hanstuch od. Ia. Küperdr. 6,50  
aus schwarz. Hanstuch od. Ia. Küperdr. 7,50  
Jacke 3 Seiten, 1 Brusttasche, 1 Hosentasche.  
Versand Nachn. Vorp. frei. Ab 20,— franko.  
Beste Lösung garant. Preisl., Muster frei.  
Meyer & Co., Webstofffabrik, Würzburg 184

**ISI-Betten**  
ISI-Betten...  
Schlaff...  
ISI-Betten...  
Schlaff...

**Elektromeister- und Radiofernschule**  
Prospekt 8 frei, beim Wärsdorf, Wilhelmstr. 5 d

**Nur noch 14.—**  
RM 14.—  
Das gute BOSCH-Radlicht! Sie  
verbrauchen spärlich mit Ihrer alten  
Lampe mehr Geld für Kerböl und Zeit,  
als das franzoese BOSCH-Radlicht kostet.  
Wie viel einfacher und bequemer ist  
das Einschalten des elektrischen  
BOSCH-Lichtes! Das BOSCH-Radlicht  
beht viel leichter auf, ohne Warten  
und gibt doch ein viel besseres Licht.  
Daraus kaufen Sie nur das Radlicht von  
**BOSCH**  
ROBERT BOSCH AG — STÜTTGART